

Neue Tischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen, des Verbandes deutscher Korbmacher, sowie der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse deutscher Korbmacher (Sitz Beih).

Erscheint wöchentlich.

Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nummer: 4559.

Herausgeber: W. Gramm in Hamburg.

Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfamlich, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: Alb. Köste, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg - Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 \mathcal{A} ,
Bergnügungs-Anzeigen 15 \mathcal{A} , Versammlungs-Anzeigen
und Stellenvermittlungen 10 \mathcal{A} pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Zur Situation.

Die Verwerfung der Militärvorlage war der Anlaß zur Auflösung des Reichstags. Demzufolge kann und muß die Wahlparole der Regierung nicht anders lauten, als wie für oder wider die Militärvorlage. Als einziges Motiv für die Nothwendigkeit der Heeresvermehrung macht die Regierung die Erhaltung des Friedens geltend. Wem läge aber nicht die Erhaltung des Friedens am Herzen? Derjenige Staatsmann, der nicht alle Hebel in Bewegung setzte, den Frieden zu erhalten, müßte ein Ausbund von teuflischer Bosheit und Niedertracht sein. Denn die Wunden, die der Krieg schlägt, und die Opfer, die er fordert, und die Verwüstungen, die er in materieller und ethischer Beziehung über die Völker heraufbeschwört, sind so herzbrechender Natur, daß wir den Gedanken weit abweisen, es könne ein Mensch die Verantwortung der Störung des Friedens leichtem Herzens auf sich nehmen. Das, was seither in den Kriegen an Zerstörung und Vernichtung von Eigenthum und Leben vorgekommen ist, wird ein Kinderpiel sein gegen die Ereignisse, die eintreten müssen, wenn nochmals die Kriegesfurie entfesselt werden sollte. Wir kennen kein schmachwürdigeres Beginnen, als den Versuch, den Nationalhaß der Völker zu schüren und dieselben wie rasend gewordene Bestien aneinander zu hegen.

Nach der Behauptung der Regierung läge nun die Vermuthung nahe, daß Diejenigen, die sich gegen die Heeresvermehrung ablehnend verhalten haben, in der unerantwortlichsten Weise der Kriegsgefahr Vorschub leisteten. Dem muß energisch widersprochen werden. Wodurch wird denn die Behauptung der Regierung unterstützt, welches ist ihr Beweismaterial für die aufgestellte Behauptung? Die militärischen Autoritäten. Ja, damit kann man Alles beweisen. Doch der pflichttreue Volksvertreter kann und darf dem Autoritätsglauben nicht nachhängen. Das würde zum Dogma führen. Wie denn die Regierung es auch ablehnte, darüber Auskunft zu geben, ob mit der in der Militärvorlage geplanten Heeresvermehrung die letzten militärischen Pläne und Rüstungen festgelegt seien. Niemand will also die Bürgschaft dafür übernehmen, daß Das, was heute die Autoritäten als nothwendig erachten, morgen von den Autoritäten als unzulänglich erklärt wird und weitere Steigerung der militärischen Lasten als für die Sicherheit des Staates unabänderlich nothwendig bezeichnet wird.

Der gewissenhafte Volksvertreter hat zu prüfen, ob der „bewaffnete Friede“ nicht eine ebenso schwere Gefahr für den Frieden, als wie eine das wirtschaftliche Leben schwer beeinträchtigende Bürde ist. Diejenigen, die gegen die Vorlage gestimmt haben, haben, wie z. B. die Sozialdemokraten, die beiden Erwägungsgründe unbedingt bejaht; der andere Theil ist von den unzweideutigen Aeußerungen der Wähler, die in ihrer überwiegenden Mehrheit ebenfalls die beiden Erwägungsgründe sich zu eigen gemacht hatten, zu ihrem Votum bestimmt worden. Ob diese Rücksicht bei den in Frage kommenden Abgeordneten nach vollzogener Neuwahl noch bestimmend sein wird? Wir bezweifeln es!

Der bewaffnete Friede ist die stetige Kriegsgefahr. Wer stets gerüstet zum Losschlagen dasteht, kommt viel

leichter in die Versuchung, die Kraftprobe bei oder aus kleinlichen Anlässen zu machen, die in korbialer Weise beigelegt wären und beizulegen sind, als wenn die Rivalen erst gegenseitig sich durch zu treffende Rüstungen über ihre Pläne und Absichten zu unterrichten haben. Bei dem bewaffneten Frieden kann der Krieg wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel kommen, denn bei dem heutigen Stand der Kriegswissenschaft und der Vervollkommnung der Waffentechnik hängt der Sieg zumeist von der Ueberrumpelung des Gegners ab. Wenn von den Militärstaaten einer derselben in einem zukünftigen Kriege mit der Eventualität des Sieges rechnen will, so muß in der Stunde der Kriegserklärung die Ueberschreitung der Grenze mit dem vollen Nachdruck der vollständigen Mobilisirung durchgeführt werden können. In dieser Beziehung hat aber kein Staat vor dem anderen etwas voraus, auch nicht die Möglichkeit, große Truppenverschiebungen aus nichtigen Gründen oder ungesehen hinter den Kulissen vornehmen zu können. Handlungen dieser Art würden Grund genug sein, die Kriegesfackel in das Land zu schleudern.

Ueber die schwere wirthschaftliche Schädigung, die das Erwerbsleben durch den bewaffneten Frieden erleidet und über die harten Opfer und Lasten, welche er dem Volke auferlegt, darüber herrscht seltene Einstimmigkeit unter den Gegnern wie unter den Befürwortern der Vorlage. Selbst die Autoritäten wagen dem nicht zu widersprechen. Die Meinungen sind nur getheilt darüber, ob das Volk bereits am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist oder ob ihm, ohne das es davon erdrückt wird, noch weitere Lasten aufgebürdet werden können.

Wir behaupten, das Volk ist am Ende seiner materiellen Leistungsfähigkeit angelangt. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ist durch die stetig abnehmende Arbeitsgelegenheit bereits eine so unsichere und durch die Zölle und Verbrauchssteuern eine so schwer belastete, daß Derjenige, der sich als Volksfreund aufspielt, Bedacht nehmen muß, die bereits vorhandene Last dem Volke zu erleichtern, seine Bürde ihm erträglicher zu machen. Damit ist der prinzipielle Standpunkt gegeben, den die Sozialdemokratie dem Militarismus gegenüber beobachtet und einzunehmen hat.

Wir wollen nicht das Vaterland wehrlos machen. Wir verlangen an Stelle der stehenden Heere die Einführung der Volkswehr und, unter Beiseitigung aller indirekten Steuern, die Einführung einer alle Bedürfnisse des Staates deckenden Einkommensteuer. Abgesehen von den sonstigen Unzuträglichkeiten, die der Militarismus mit sich für das zivile Leben bringt, und abgesehen von der Gegnerschaft, die ihm stets innegewohnt hat, gegenüber einer gesunden, selbstständigen Volksbewegung und Entwicklung könnte man über denselben diskutieren, wenn die Kosten von den besitzenden Klassen übernommen würden, deren Interessen zu wahren und zu beschützen er doch in erster Linie berufen ist. Doch das fällt denselben nicht ein. Dem Volke die Lasten und den Besitzenden den Profit, das ist die Situation, wie sie der Militarismus geschaffen hat und durch seine fortwährend geplante Steigerung noch weiter ausbaut.

Die großen Berliner Bankfirmen veranstalten eine Sammlung „erheblicher Mittel“, um die Parteien im

Wahlkampfe zu unterstützen, welche die Militärvorlage und noch etwas mehr anzunehmen bereit sind. Das ist doch keine Zufälligkeit? Es ist auch keine Liebedienerei des jüdischen Kapitals, durch Zurschaufstellung patriotischer Großthaten den antisemitischen Lasterern des Giftbaumes den Mund zu stopfen, sondern es ist eine klug und weise berechnete kapitalistische Unternehmung. Die Militärvorlage, im Falle ihrer Annahme, erfordert erhebliche Mittel, die vorzustrecken mit gutem Gewinn Privileg der Großfinanz ist. Das, was die letztere zur Unterstützung der Wahlparole „für den Militarismus“ hergiebt, heimst sie mit Zins und Zinseszinsen wieder ein.

Der Weizen, und zwar goldenen Weizen tragende Acker der Großfinanz, sind die Schuldenkontos der Großstaaten, zumeist veranlaßt durch die militärischen Rüstungen. Das Schuldenkonto der Staaten in dem Maße zu belasten, als wie der dem „Mehrwerth“ seine Anhäufung verbankende Reichthum, in der weiter „werbenden“ Anlage Verwendung nicht finden kann, das ist das unablässige Bestreben des Kapitalismus. Der Staatsgläubige zehrt mit dem schaffenden und erwerbsthätigen Volk aus einer Schüssel, dabei die fastigsten und fettesten Bissen für sich reklamirend.

Die Großfinanz bzw. der Kapitalismus weiß, wo seine unerschütterten Vertreter sitzen. Zu verwundern ist nur, daß dies Gaukelspiel nicht alle Schichten des erwerbenden Volkes durchschauen und einmüthig zusammensetzen, demselben ein Ende zu bereiten. Den Arbeitern kann man kein X für ein U vormachen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr behörden, sie wissen, daß Alles, was mit dem Kapitalismus zusammenhängt, im Interessengegensatz zu ihnen steht und deshalb von ihnen bekämpft werden muß. Nicht so der durch den Kapitalismus dem Untergang geweihte Mittelstand. Der Mittelstand in seiner Theilung, der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden und der Kleinbauern, hat das natürliche Verlangen, seine vermeintliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit sich zu bewahren oder, soweit er einsieht, daß sie ihm verloren gegangen ist, dieselbe zurückzuerobieren. Auf dieses natürliche Verlangen bauen vornehmlich die konservativen und antisemitischen Anhänger der Militärvorlage ihren Plan auf, weitere Volkskreise ihren selbstthätigen Zwecken dienbar zu machen. Mit dem Versprechen, eine „starke Regierung“ werde den Mittelstand schützen und „der geschützte Mittelstand“ könne dann auch leichter die erhöhten Lasten tragen, sucht man Hoffnungen zu erwecken, die doch früher oder später in bittere Täuschung umschlagen müssen.

Unter dem Bismarck'schen Regime fanden die konservativen Hoffnungen von der Erhaltung des Mittelstandes stillschweigende Duldung, in antisemitischer Richtung sogar Förderung, so daß sich bei den Künstlern die Meinung festsetzte, sie brauchten nur zu verlangen, dann würden ihnen selbst die unerschämtesten Forderungen bewilligt und als Präjent für Wohlverhalten auf dem Präsentirteller entgegengebracht. Unter Caprivi's offener und nobeler Natur trat die Reaktion denn auch ein. Klar und bündig erhielten die Künstler Bescheid, daß an eine Befriedigung ihrer Wünsche auf der Basis des Befähigungsnachweises nicht gedacht werden könne. Die Regierung trägt sich ja jetzt mit dem Plan der Organisation des

Gesamthandwerks in Handwerkerkammern. Daß sie den redlichen Willen hat, das Handwerk und den Mittelstand überhaupt zu erhalten und zu schützen, wären wir die Letzten, die solches bezweifeln. Es liegt im Interesse der Regierung. Aber ob sie das selber können wird, ist eine andere Frage. Wir sind der Meinung, sie kann es nicht. Jede Regierung, auch wenn sie sich unabhängig oder über den Parteien stehend bezeichnet, ist abhängig von den den Produktionsprozess beherrschenden Parteien, heute von dem Kapitalismus. Darum wird die Regierung das Handwerk nur insoweit beschützen können, als es die Vertreter des Industrialismus für gut befinden.

Wollen die von agrarischen Interessen beherrschten Konservativen nicht gute Miene zum Spiele machen, sondern sich hochbeinig zeigen, so würde es den Vorkundbesitzern schwer fallen, ohne von kapitalistischer Seite Widerspruch zu finden, den Kleinbauern vorzureden, die Vortheile der Getreide-, Vieh- und Holzgälle kämen auch ihnen zu Gute und sie hätten alle Ursache, sich für die Militärvorlage zu begeistern, indem erst durch sie die Bürgerschaft gegeben sei, daß kein Feind jemals deutschen Boden betreten würde.

Von den 5 1/2 Millionen deutschen Landwirthen sind beinahe die Hälfte Proletarier. Von den verbleibenden drei Millionen haben fast zwei Drittel nur ihr spärliches Auskommen. Sie fristen ihr Leben durch harte Arbeit, von der kein Glied der Familie, Frau und Kinder nicht ausgeschlossen ist. Der Stellenbesitzer wartet mit Sehnsucht darauf, bis seine Jungen kräftige Burschen werden, um durch intensivere Arbeit den Boden ertragsfähiger zu machen. Der Kleinbauer, der rationell wirtschaften will, muß durch physische Arbeit ersetzen, was die Maschine des Rittergutsbesitzers leistet.

Läßt nun die weiter geplante Heeresvermehrung den Kleinbauern in seiner bisherigen Wirtschaftsweise? Wir sind der Meinung, daß sie eher an seinem Ruin, als an seiner Erhaltung arbeitet. Die Städte und Industriezentren werden die höheren Ansprüche der Rekrutierung nicht befriedigen können. In diesen Orten ist der Rückgang der Militärtauglichkeit bei den jungen Leuten ein starker. Den Ausfall und die Erhöhung muß das platte Land mit seiner noch gesünderen und urchwüchsigeren Bevölkerung beden. Reklamationen werden nur in den seltensten bzw. nur alle Vorbedingungen erfüllenden Fällen Erfolg haben. Darunter wird mancher Kleinbauer schwer zu leiden haben. Auf das Land wird weniger Arbeit verwandt, wodurch der Ertrag leidet, oder es wird durch fremde Arbeitskraft Ersatz genommen, wodurch die Unterhaltung eine theuere wird; dazu die Zubußen an die Kostgänger der Ferienkolonie. Das, Alles in Allem, kann den Kleinbauern niemals zum Freunde der Militärvorlage oder einer sonstigen Heeresvermehrung machen. Darum ist in dem eintägigen Wahlkampf die Situation für die proletarische Bewegung so günstig wie nur jemals. Klagen wir die Situation gründlich aus, so kommen wir einen bedeutenden Schritt vorwärts. Das Proletariat kann sich diesmal eine Stellung erobern, die für die allgemeine Abrüstung von entscheidender Wirkung sein kann. Zeigen wir uns unserer Aufgabe gewachsen.

Ruhmjucht, Rechtsjün.

Bormal, als der handwerksmäßige Betrieb die Grundlage der Gütererzeugung bildete, war das Bürgerthum stolz auf seine Tugenden. Rechtschaffenheit, Offenheit, Treue, Biederkeit und Unabhängigkeitsinn galten als hervorragende Eigenschaften deutschen Charakters. Hauptächlich waren es die Bürger der Städte, die sich nicht wenig auf die genannten Eigenschaften einbildeten. Und das mit Recht. Das Bürgerthum mit seiner Zunftorganisation war der obliegende Theil gegen die immer anwachsende aufstrebende Patrizierwirtschaft geblieben. Gegen diese Plagegeister des friedlichen Gewerbs, die zunächst von der professionmäßigen Fehde und dem Raub auf der Landstraße lebten, hatte das Bürgerthum der Städte den Landesfürsten als kräftige Stütze gedient. Seine diesbezüglichen Ansprüche hatten mancherorts einen recht blühenden, aufwärtigen Charakter angenommen. Der Bürger war hochgeachtet worden. Er war gezwungen gewesen, Familie und Eigentum, den häuslichen Herd und seine Unabhängigkeit gegen das adelige Gequäl der Raubkämpfe verteidigen zu müssen. Damit war der Handwerker als Verteidiger seiner bürgerlichen Freiheit krieger geworden. Deshalb bildete die Zunftorganisation auch die militärische Unterlage der bürgerlichen Macht. Die letzten Organisationen waren die Bürgerwehren, die neben dem Militarismus keine Aufgabe finden konnten, sondern mit dem Anwachsen des letzteren Stück um Stück der Vergessenheit anheim-

fielen, und mit ihnen alle die Tugenden, die einst den Bürgerstolz ausmachten.

Der Adel, seine Dymnastie gegenüber dem Landesherrenthum einsehend, hat mit dem letzteren für alle Zeiten seinen Frieden geschlossen. Er gilt heute für die feste und zuverlässigste Stütze desselben. Dafür ist ihm stillschweigend oder als selbstverständlich das Privileg zugestanden, daß die hinter dem Majoratsherrn nachgeborenen männlichen Nachkommen in die durch den Militarismus geschaffenen Bränden der Staatsgewalt einrücken.

Auf der anderen Seite wurden die engen Grenzen der handwerksmäßigen, nur für einen begrenzten Markt berechnete Produktion gesprengt. Neue Absatzgebiete mit schier unererschöpflich scheinendem Naturreichtum wurden durch die Entdeckung des Seewegs nach Ost- und Westindien erschlossen. Die Sucht, an jenen märchenhaften Schätzen zu partizipieren, zerriß die Fesseln der Zunftorganisation. Die Landesherren glaubten Akte der Dankbarkeit zu vollziehen, wenn sie das Proletariat der Zünftler sich zum Großmeister, dem Fabrikantenthum, auszuwachsen ließen und ihm hierzu die gesetzlichen Bahnen ebneten. Das Bürgerthum fand sich sehr bald in seine neue Rolle. Die Sucht nach Reichthum erstreckte die Tugenden, die edel und freiheitsbegehrte Menschen als solche preisen, die ein Volk zum bahnbrechenden Pionier des Kulturfortschritts erheben. Sie schlugen in ihr Gegentheil um. Die erhabenen Tugenden unbeugsamen Rechtsgedächtnisses und Unabhängigkeitsinns machten der Vergewaltigung des Schwächeren auf der einen und einem Lakaien-, Streber- und Speichelleckerthum auf der anderen Seite Platz.

Die Aneignung und Ausbeutung der Naturreichtümer Amerikas und Ostindiens führte zur Unterdrückung der Bevölkerung des letzteren und zur Ausrottung der Bevölkerung des ersteren. Zu einer solchen Unterdrückung und Ausrottung bedurfte es einer starken Landesmacht. Dieselbe zu schaffen, blieb der rasch aufstrebenden Bourgeoisie vorbehalten. Aus wirtschaftlichen Gründen, unter Wahrung der Interessen des Geldsacks, wurde es den um die Befestigung ihrer Hausmacht bestreuten Regenten der Großstaaten leicht, das stehende Söldnerheer aus den eigenen „Landeskindern“ zu rekrutieren.

Die Bourgeoisie war dieser Umwandlung gegenüber um so entgegenkommender, als die Einrichtung vorgeblich einzig nur in ihrem Interesse unternommen und sie auch in der schonendsten Weise noch einzuweisen sich von der Leistung der Militärpflicht durch Zahlung von ein paar hundert Thalern loskaufen konnte. Einer solchen Schmeichelei des Geldsacks konnte auch der Bourgeois nicht widerstehen, auf den noch ein klein wenig von dem Troz ehemaliger Bürgertugenden überkommen war. Heute hat sich die Bourgeoisie mit dem Militarismus in der kulantesten Weise abgefunden. Ihre Ruhmsucht hat sich in beschleunigten Grenzen gehalten. Man läßt sich die herablassende Behandlung und eventuelle Duldung in den hochadeligen Kreisen gefallen. Man nimmt auch die dabei mitunter unterlaufenden Fußtritte als etwas Dazugehöriges mit in den Kauf und ist vollauf befriedigt und glücklich, wenn man es bis zu einem Lieutenant der Reserve gebracht hat. Dahin ist es mit dem einstigen, seine Freiheiten und Unabhängigkeit so eifrig bewachenden und von den adeligen Wegelagerern so gefürchteten Bürgerthum gekommen. Sein einziges Interesse liegt im Geldsack und wer ihm denselben füllt und schützt, dem leckt es wie ein treuer Rodel die Hand.

Das Bestreben Derer, die nach Oben in eine beschleunigte Stellung nicht mehr aufsteigen können, besteht fast ausnahmslos darin, in der prunkhaften Zurückhaltung des Reichthums Entschädigung zu suchen, den Prozen, den Emporkömmling herauszufahren und Demjenigen, der diese schwache Seite zu nehmen und zu hätscheln versteht, ein gönnerhafter Wohlthäter zu sein. Bedenke Dem aber, der diese Schwäche geißelt, sie mit verdientem Spott überschüttet. Befindet er sich in dem wirtschaftlichen Nachbereich des Angegriffenen, so hot er auf Schonung, Bethätigung des Edelmuths nicht mehr zu rechnen. Erst mit der vollständigen Vernichtung des „höswilligen Verleumbers“, wie man das Aussprechen unwiderleglicher Wahrheit bezeichnet, wird die verletzte Eitelkeit des gedanklosen Prozen Genugthuung und Befriedigung des Rachegefühls empfinden.

Zu letzterer Beziehung können sozialdemokratische Arbeiter ein Liedchen singen; diesen gegenüber kommt die gemeine Brutalität des Geldsacks in unverhüllter Form zum Ausdruck. Sobald der Arbeiter Forderungen erhebt, und wenn er dieselben in die bescheidenste Wunschform kleidet, so wird er zu einem unerwünschten Patron gestempelt, zu einem faulen Lüdran,

selbst wenn er bis dahin der zufriedenste und fleißigste Arbeiter gewesen wäre. Wenn ein Arbeiter sich bekommen läßt, sich zum Sprachrohr der Forderungen seiner Kollegen zu machen, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß in neunundneunzig von hundert Fällen der Bourgeois sich auf Ver- und Unterhandlungen garnicht einläßt, sondern die sofortige Entfernung des Wortführers unter der Beschimpfung eines Hezers und Aufwieglers verfügt. Die in dem Unternehmerverband zirkulierenden „schwarzen Listen“ sorgen dann dafür, dem Arbeiter einen ehrebrütigen Respekt vor der Allmacht des Kapitalismus beizubringen. Kriecht der Arbeiter aber nicht zu Kreuze, erniedrigt er sich nicht zur devoten Unterwerfung, sondern nimmt er den Fehdehandschuh auf und nimmt er die Unterstützung seiner Kollegen zur Führung des Kampfes an, so wird er als ein arbeitsscheues Subjekt verlästert, das sich von den Groschen der Arbeiter zu mästen trachtet.

Die Moral des Geldsacks gipfelt in dem Satz „Geld riecht nicht“. Die Anschauung ist denn auch in den Bourgeoiskreisen eine weit verbreitete, man möchte sagen, allgemein dominirende, daß man für Geld Alles käuflich hält. Es komme in den Spezialfällen nur auf die Höhe der Kaufsumme an, die geboten werde. Diese herrschende Anschauung verräth nur, daß der Bourgeoisie um des Profits halber Alles feil, Alles verkäuflich ist. Gewiß ist es traurig, daß auch der Arbeiter mit seiner Arbeitskraft die Person dem Besitzer der Arbeitsmittel verkaufen muß. In diesem Preise wird gefeilscht und geschunden, denn der Arbeiter befindet sich in der verzweifeltsten Lage, seine Arbeitskraft stets von Neuem anbieten zu müssen. Aber Stolz und Mannesmuth besitzt der Arbeiter trotz seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit genug, seine Gesinnung, seine politische Ueberzeugung, sein Klasseninteresse dem Bourgeois nicht zu überlassen, nicht zu verkaufen. Das Eine wie das Andere setzt er der des Bourgeois entgegen, und der entbrannte Kampf der Klassegegensätze läßt in seinem jetzigen Stadium schon erkennen, daß die Arbeiterklasse als stolzer Sieger aus demselben hervorgehen wird.

Das Bestreben in dem für die Bourgeoisie aussichtslos gewordenen Kampfe ist es nun, sich eine zu Dank verpflichtete Prätorianergarde aus den Proletarierreihen zu schaffen. Bei unserer neulichen Besprechung der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen haben wir nachgewiesen, daß auch diese dem eigentlichen Zweck entspringen, die Arbeiter mit schwer zu lösenden Fesseln an den kapitalistischen Karren zu schmieden, an dem die menschlichen Lastthiere bis zur völligen Erschöpfung zu keuchen haben. Damit hat aber die Bourgeoisie nicht die Genugthuung, ihre Menschenfreundlichkeit und humane Gesinnung in die Öffentlichkeit getragen zu sehen. Und darum ist es ihr vor allen Dingen zu thun. Würde es die Welt nicht erfahren, daß sie Arbeiterwohnungen baut, Suppenanstalten errichtet, Konsumvereine verwaltet, Badeanstalten eröffnet und dergleichen mehr, so würde nicht eine einzige der beregten Anstalten existieren. Die Ruhmsucht ist es, welche die Bourgeoisie zu ihrer sogenannten Liebeshätigkeit anstachelt. Erstens bewundert die Welt den Reichthum des Mannes, der bei allen mildthätigen und patriotischen Zeichnungen mit den namhaftesten Summen obenan glänzt; zum Anderen rechnet man bestimmt darauf, daß die Zeichnungen, die mit einer dauernden Standhaftigkeit fortgeführt werden, das Anrecht auf einen Titel, Orden oder sonstige Auszeichnung geben.

Zur Verkündigung ihrer Großthaten ist die bürgerliche Presse in erster Linie berufen. Und sie erfüllt ihre Aufgabe präzise und mit dem weitesten Gewissen von der Welt. Und schlau, raffiniert ist die Bourgeoisie, das muß man ihr lassen; sie versteht den Rummel, die Reklame, zwei Jünger mit einer Klappe zu schlagen.

Mit Vorliebe sucht die Bourgeoisie durch Stiftungen zu glänzen. Sie tragen den Namen des Stifter. Er kommt niemals wieder in Vergessenheit. Er wird genannt bei der Ueberweisung des Betrags, der Genehmigung der Stiftung, der jährlichen Abrechnung, der Ausschreibung und Verleihung der Reichthumswohlthaten, die mit Vorliebe in der Gewährung von Stipendien an begabte Schüler, armer Leute Kinder, bestehen. Daß die letzteren, wenn sie ausgebildet sind, schon aus dem menschlichen Gefühl der Dankbarkeit erklärlich, begeisterte Lobredner der Bourgeoisie, ihrer vermeintlichen Wohlthäter, werden, ist selbstverständlich. Ein großer Theil der Schulmeister und Pastoren kommt auf die geschübberte Art zu Amt und Würden und glaubt nun die Verpflichtung zu haben, „ein starker Eiferer vor dem Herrn“ gegen die Sozialdemokratie sein zu müssen.

Die Bourgeoisie ist bereits einen Schritt weitergegangen. Sie glaubt es nöthig zu haben, die sogenannten höheren Arbeiter, die schon Schäfte, als

er sein Buch von der Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie noch nicht geschrieben hatte, als die geborenen Führer der Arbeiter und Leiter der künftigen gesellschaftlichen Produktion bezeichnete, mit festeren Banden als wie die der höheren Entlohnung an sich zu fesseln. Diese höheren Arbeiter sollen eine Berufskaste für sich bilden. Die Zeichner, Ingenieure, Werkmeister u. sollen auf eigens von der Bourgeoisie dotierten Schulen ausgebildet werden, sodass sie das Gefühl der Dankbarkeit empfinden sollen, dass sie es dem Wohlwollen der Bourgeoisie verdanken, über das Niveau ihrer Klassengenossen emporgehoben zu sein. Diese, zu Arbeitern ersten Grades Erhobenen, in Verbindung mit der Organisation der Streikbrecher, sollen die Prätorianergarde bilden, den Anprall der Sozialdemokratie abzuhalten.

Bisher waren die „Arbeiter ersten Grades“ gefügige, dankbare Werkzeuge in den Händen der Bourgeoisie. Nach Oben gehorchend und nach Unten befehlend, war es für viele eine wahre Wollust, den früheren Klassengenossen gegenüber den Herrn zu spielen. Doch das Blättchen hat sich sehr rasch gewendet. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung macht die Vermehrung der Kaste der Arbeiter ersten Ranges riesige Fortschritte. Der Lohn derselben sinkt rapid. Sogar ihr geistiges Eigentum wird ihnen entfremdet, gehört dem Bourgeois. Gerichte haben entschieden, dass Erfindungen, von Technikern, Arbeitern u. während ihres Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gemacht, in das Eigentum des Arbeitgebers übergehen. Da kann die Zeit nicht mehr fern sein, dass auch die letzte Spur von Knechtsinn in den Reihen derer schwindet, die naturgemäß eine Klassengemeinschaft zu bilden haben.

Scheitern die Versuche der Bourgeoisie, sich aus den Reihen der Arbeiter eine rühmredige Prätorianergarde zu bilden, dann ist es mit der Herrschaftsgewalt des Kapitalismus zu Ende. Darum die krampfhaften Versuche des letzteren, durch Käuflichkeit und An-erziehung des Knechtsinns die geschlossene Phalanx der Arbeiterklasse zu hintertreiben. Vergebliches Bemühen. Die mühsame Drapierung glänzenden Ruhmes der Bourgeoisie fällt Stück um Stück in Trümmer vor der sozialistischen Kritik und der Wucht der Erscheinungen der privatkapitalistischen Entwicklung.

Die Arbeitszeit heute und vor fünfshundert Jahren.

Die Maifeier ist ein Ehrentag für das kämpfende Proletariat. Sie ist aber auch ein Tag der Schande für die Verteidiger der heutigen Wirtschaftsordnung.

Diese Leute können nicht genug den ungeheuren Fortschritt preisen, den die kapitalistische Gesellschaft mit sich gebracht hat. Sie weisen auf die Wunder des Dampfes und die Elektrizität hin, welche die Produktionsfähigkeit des Arbeiters verzehnfachen, unter Umständen verhundertfachen, und vergleichen triumphierend damit die ärmlichen Produktionsbedeufe des Mittelalters. Dieselben Leute aber wenden sich auf das Wüthendste gegen jeden Versuch der Arbeiterklasse, die Arbeitszeit zu verringern, und erklären den achthündigen Normalarbeitstag für ein freudvolles Attentat auf unsere herrliche Kultur! Kann man der heutigen Wirtschaftsordnung ein klügeres Armuthszeugnis ausstellen? Im Mittelalter, mit seinen so unvollkommenen Produktionsmitteln, waren die Ansprüche, die man an die Arbeitskraft des Arbeiters stellte, viel geringere als heutzutage. Die Länge der täglichen Arbeitszeit war allerdings eine ziemlich bedeutende. Sie wechselte in der Regel von 12—14 Stunden. Aber in diese Zeit fielen mehrere Mahlzeiten, und bei der Arbeit selbst über-eilte man sich nicht. Dabei war die Arbeit nicht eintönig, sondern voll Abwechslung, da jeder Arbeiter ein ganzes Stück herstellte, so dass er die verschiedensten Verrichtungen nach einander vornehmen musste. Das geistigstehende und nervenzerrüttende Einerlei der heutigen Fabrikarbeit kannte man nicht.

Man kann wohl sagen, dass der Arbeiter im Mittelalter in einem Tagwerk weit weniger Arbeit verausgabte, als der heutige Arbeiter verausgibt, selbst in den Fällen, in denen seine Arbeitszeit eine längere war.

Die Arbeitszeit wurde im Mittelalter nie bis zur Erschöpfung ausgedehnt. Deshalb findet sich auch kein Beispiel davon, dass die Lohnarbeiter zur Pünktzeit bei ihren zahlreichen Kämpfen mit den Meistern verlangt hätten, dass die tägliche Arbeitszeit verkürzt werde.

Das rührte nicht etwa davon her, dass sie als brave Gesellen fleißiger gewesen wären, als die „arbeitscheuen Wähler“ des 19. Jahrhunderts. Auch im 14. und 15. Jahrhundert kämpften die Arbeiter um größere Befreiung von der Arbeit. Aber sie strebten diese Befreiung nicht an durch Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, sondern durch Vermehrung der Feiertage.

Bevor die Arbeitswuth der kapitalistischen Produktionsweise aufkam, war die Zahl der Tage im Jahre, an denen gänzlich oder nur wenige Stunden gearbeitet werden durfte, sehr groß. Die Zahl der katholischen Feiertage betrug bis in's vorige Jahrhundert nicht weniger als 150, davon 90 strenge, an denen jede Arbeit unterbleiben musste. Aber diese Feiertage genügten den Gesellen nicht; sie brauchten noch mehr freie Zeit, und zwar nicht bloss zu Vergnügungen, wie die Arbeiterfelnde behaupten; so verlangten sie z. B. ausdrückliche Zeit, um ihre gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen, und Zeit, um sich in den Waffen zu üben und zu baden; worauf im Mittelalter viel gehalten wurde. Daher erlitten sie sich zu den kirchlichen Feiertagen noch einen weltlichen, den blauen Montag.

Der Kampf um den blauen Montag war für die Pünktgesellen dasselbe, was für uns der Kampf um den Achthündentag ist.

So gelangten die Handwerksgejellen dahin, dass sie in der Woche im Durchschnitt nur vier Tage arbeiteten, und in diesen vier Tagen so viel verdienten, um davon sieben Tage lang ge-

mächlich leben zu können, eine Erleichterung, welche die Vertreter des aufkommenden Kapitalismus natürlich mit großer moralischer Entschiedenheit erfüllte.

Wenn die tägliche Arbeitszeit des Gesellen nach Abzug der Mahlzeiten 10—12 Stunden täglich betrug, so betrug seine wöchentliche Arbeitszeit 40—48 Stunden, also höchstens so viele Stunden, als heute bei der Durchführung des achthündigen Normalarbeitstages auf den Arbeiter in der Woche entfallen würden.

Das, was heute für die Arbeiter ein Ideal ist, um welches sie einen harten und erbitterten Kampf gegen die Bourgeoisie führen müssen, das war demnach vor einem halben Jahrtausend, im „früheren Mittelalter“, bereits anerkannte Wirklichkeit. Hat man unter diesen Umständen nicht Recht, zu sagen, dass die Nothwendigkeit der Meisterei und der Widerstand gegen sie eine Schande für die heutige Wirtschaftsordnung und ihre Vertreter ist?

Die Arbeiter haben vor fünfshundert Jahren weniger ange-strengt gearbeitet und eine kürzere Arbeitszeit gehabt, als heutzutage, das steht fest. Trotzdem aber war ihr Lohn — in Naturalien gemessen — ein höherer als heutzutage. Davon zeugen die vielen Buzensverbote und Lohnstagen aus dem 14. und 15. Jahrhundert, welche erklärten, der Arbeiter habe auf nicht mehr als zwei bis drei Fleischspeisen und ein gewisses Maß Wein oder Bier im Tage Anspruch — die Arbeiter aßen damals mit dem Meister an einem Tisch —, und welche den Gesellen verboten, sich in Sammt und Seide zu kleiden und dergleichen mehr. Heute wären solche Verbote höchst überflüssig.

Aber auch die Meister standen sich damals nicht schlecht; war doch die damalige Zeit jene, welche unsere Pünktchwärmer wieder herbeiführen möchten, jene Zeit, in der das Handwerk einen goldenen Boden hatte.

Seitdem hat die Maschine das Handwerk ruiniert — für immer; sie hat, wie schon Eingangs erwähnt, die Produktivität der Arbeit verzehnfacht, ja auf manchen Gebieten verhundertfacht. Und die Folgen davon für den Arbeiter: Elend und Ueberarbeit.

Alle die unendlichen Reichthümer, welche die Arbeiter mit Hilfe der Maschine schaffen, sie fallen Denjenigen in den Schoos, welche die Produktionsmittel zu ihrem Monopol gemacht haben. Dies Monopol ist die Ursache, warum die Arbeiter heute um eine Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen müssen, die sie vor einem halben Jahrtausend schon errungen hatten. Dieses Monopol wird aber auch die Arbeiter zwingen, wenn sie diese Verkürzung der Arbeitszeit errungen haben, dabei nicht stehen zu bleiben, sondern sie zu benutzen als eine Sprosse in der Leiter, die sie erstiegen müssen, um zu jenem Ziele zu gelangen, welches allein ihnen ermöglicht, theilzunehmen an den riesenhaften Errungenschaften unserer Kultur: die Aufhebung des ausbeuterischen Monopols an den Produktionsmitteln durch deren Ueberführung in den Besitz der Gesellschaft.

„Fort mit dem Tramp! — Aber wohin?“

Die selbstgefällige Gemeinde der Satten und Zufriedenen behauptet bekanntlich noch immer mit lechzender Gemüthsruhe, dass hier in Amerika „Jeder sein Leben machen könne, wenn er nur wolle“; dass für jeden Arbeitswilligen „Arbeit und Verdienst“ in Hülle und Fülle vorhanden sei. Und da sie alle Ursache haben, einen Widerspruch gegen diese zu den Thatsachen im schreiendsten Gegensatz stehende Behauptung nicht anzuerkennen, so müssen sie wohl oder übel in Jedem, der vergeblich Arbeit suchend durch die Lande pilgert, weil er der Armenpflege nicht anheimfallen will, einen Tramp sehen. Einen Tramp, d. h. einen Mann, der keine Lust zum Arbeiten hat und deshalb „sechten“ geht!

Die Herren Satten und Zufriedenen machen sich's bequem und billig, nicht wahr? Mit einem einsilbigen Worte von fünf Buchstaben haben sie ihre soziale Gewissenhaft, das furchtbare Gespenst der Massenarbeitslosigkeit von sich abgestüttelt.

Indes damit ist die Sache für sie noch nicht erledigt.

Mit bloßen sozialen Gewissenfragen war die herrschende Klasse von jeher schnell fertig. Aber die Tramp-Frage ist noch etwas mehr als das: Der Tramp ist für sie eine Landplage, die sie zum wandelnden „Verbrechen“ stempeln möchten. Nicht sie resp. ihre Gesellschaft ist es, die durch verbrecherisch rückwärts-laufende kapitalistische Ausbeutung den Tramp oder doch den erdrückenden Bruchtheil dessen, was sie so titulirt, geschaffen hat, — nein, der Tramp selbst ist der „Verbrecher“, der dem braven arbeitssamen Farmer oder dem in der Sommerfrische wellenden Großhändler als stetig drohende „Eigentumsgefahr“ das Leben verbittert. Arbeitslos — Tramp — Dieb — Gefängnisinsasse, — „Geschwindigkeit ist keine Hexerei“, denkt die bürgerliche Gesellschaft und läst die Opfer ihrer eigenen und sauberen Wirtschaftsordnung auf dieser sozialen Stufenleiter rückwärts „avanciren“.

So hat sie denn auch von jeher versucht, den ihr in vieler Hinsicht lästigen Tramp aus der Welt zu fegegubern, indem sie ihn bereitwilligst die Ehre des — Gefängnisses öfnete. Haben wir doch neulich erst gesehen, dass unserer Kemperter Staatslegislatur ein Gesetz vorliegt, welches diese gasklichen Aufenthaltsorte dem Tramp noch leichter zugänglich machen soll durch verhärtetes und beschleunigtes Gerichtsverfahren.

Aber so leichten Kaufs kommt das satte Bürgerthum nicht davon. Noch ehe das neue Gesetz zu Stande gebracht, erdnt von verschiedenen Seiten der Verzweiflungsschrei ob der Zwel-schneidigkeit, welche schon dem bestehenden Gesetz eigen sei. So berichtet die hiesige „Pres“:

„Das Experiment, welches man jetzt in Montgomery County (N.-Y. State) versucht, die Gefängnisinsassen während der kalten Saison an Steinbrüchen zu beschäftigen, wird all-seitig mit Interesse verfolgt. Während des Winters sind die Countygefängnisse meist überfüllt mit Tramps, welche sich kleiner Vergehen schuldig machen, um eingesperrt zu werden an Orten, wo sie in Faulheit Dachsuhg und Nahrung auf öffentliche Kosten gemessen. Der Sheriff von Montgomery County empfiehlt nun gegen dieses Mandat, dass man solche Bagabunden zu harter Arbeit zwingt, selbst wenn diese Arbeit unproduktiv sei, d. h. nichts einbringe. Auch die Countyausgaben würden dann infolge geringerer Gerichtsunkosten reduziert werden.“

Kann die heillose Rathlosigkeit der herrschenden Klasse den selbstverschuldeten sozialen Missständen gegenüber besser Auskunft werden? Der Eine jammert von draussen:

*) Dieser Artikel, den wir der New Yorker Volkszeitung entnahmen, paßt auch sehr gut für unsere Verhältnisse. Tramp = Landstreicher.

„Die Tramps sind eine Landplage — locht sie ein! Je prompter, je besser!“ Der Andere ruft von drinnen:

„Wir müssen die Tramps aus den Gefängnissen los werden! Sie wachsen uns über den Kopf! Wir müssen sie hinausgrauen!“ Und was ist schließlich der Kern der Sache? Eine brutale Nothheit gegen die Eendsten der Arbeiterklasse. Ueber das ganze Land hin gerechnet, sind jene Tramps zu Hundert-tausenden nichts Anderes als vom Kapitalismus auf das Pflaster geworfene unfreiwillig Arbeitslose, welche im rauhen Winter allerdings selbst den unglücklichen dürftigen Schutz der Gefängnis-mauern dem Hungertode in eisiger Schneelandschaft vorziehen!

Außerhalb der Gefängnisse soll der „Tramp“ nicht sein. Innerhalb der Gefängnisse wollen sie ihn nicht haben. „Ehrliche Arbeit“ hat unsere schöne Wirtschaftsordnung nicht für ihn.

Ja, wo in aller Welt soll er denn hin? Auf diese Frage bleiben uns natürlich die Satten und Zu-friedenen die Antwort schuldig und in ihrer Wuth über diese ihre eigene Rathlosigkeit werden sie am Arbeitslosen im Ge-fängnis ohne Profit verüben, was sie außerhalb desselben mit Profit treiben: Brutale Arbeitshinderei!

Aus dem Gefängnisleben eines Revolutionärs.

Die skandinavische Monatschrift „Nyt Tidsskrift“ ver-öffentlicht in ihrem letzten Heft einen Brief, welchen der russische Revolutionär und Gelehrte Peter Krapotkin voriges Jahr an einen in Amerika wohnenden Freund gerichtet hat, und welcher nun nach dem Tode des Letzteren aufgefunden worden ist. In diesem Briefe schildert Krapotkin seine Gefängnisindrücke in einer Weise, welche allgemeines Interesse beanspruchen kann.

Für meinen Theil — sagt Krapotkin — habe ich im Ge-fängnis niemals das grauenhafte Gefühl empfunden, von dem man so oft spricht. Als ich in St. Petersburg verhaftet und in die Festung gesteckt wurde, war ich sofort mit mir darüber im Reinen, daß ich in dieser Einsamkeit mindestens zwei Jahre zubringen habe, und traf hiernach meine Verhaltungsmaß-regeln. Ich theilte mein Leben so ein, daß ich mich bei guter Gesundheit halten konnte. Ich machte in meiner Zelle täglich einen Spaziergang von 1/2 Meilen in drei Abtheilungen; außer-dem je 10 Minuten Gymnastik mit einem Eichenstuhl vor- und Nachmittags. Aus kleinen Fetzen Zeitungspapier, welche zum Hausgebrauch vertheilt werden, machte ich mir einen Ball, mit welchem mich die Soldaten zu ihrer Verwunderung wie einen Schulfungen spielen sahen.

Nach meiner Meinung war es allein die leibliche und geistige Thakraft, welche es Blanqui und Bakunin, von denen Ersterer 33 und Letzterer 8 Jahre im Gefängnis zubringen hatte, möglich machten, so lange auszuhalten und dabei frischer zu bleiben, als Diejenigen, welche die Reaktionsjahre in der Freiheit zugebracht hatten, um Heugen der Charakterchwäche rings im Kreise ihrer ehemaligen Freunde zu sein.

Ich sagte zu mir selbst: Stelle dir vor, du liegst auf einer Nordpolfahrt im Eise eingefroren und gewungen, zwei Winter in einer engen Kajüte bei schlechter Verpflegung zubringen. Die Theilnehmer können sich nicht rühren, müssen aber ihre leibliche und geistige Thakraft nothwendig aufrecht erhalten und machen es, wie der alte Barry oder Nordenskjöld auf Spitz-bergen.

Im Laufe mehrerer Monate, während der man mit Feder und Tinte verweilerte, las ich auf das Genueste alle Bücher des Gefängnisses, insbesondere die Geschichte unseres Landes, zwei- und dreimal durch und begann den Plan zu einer Reihe von Erzählungen für das Volk aus dieser Geschichte zu ent-werfen, welche unseren Revolutionären so wenig bekannt ist. Als ich Schreibzeug bekam, begann ich mein Werk über die Eisezeit umzuarbeiten und zu erweitern. Hätte ich dies aber nicht erreicht, so würde ich das Studium einer Sprache oder der höheren Mathematik, kurz irgend etwas begonnen haben, um meinen Geist in Thätigkeit zu halten. Oder ich würde, wie ich es thatsächlich begonnen, Zeichnen gelernt haben. Nur irgend Etwas, um mich in Thätigkeit zu halten!

Versehene unserer Gefinnungsgenossen bewahrten diese glückliche Geisteskraft mit allen Mitteln bis zum Letzten. Einige erbadeten die findigsten Pläne, um Verbindungen mit den Freunden im Gefängnis oder in der Freiheit herzustellen usw. Andere dagegen ließen sich so tief niederdrücken, daß man ein weltliches Grauen empfand, wenn man später hörte, wie elend sie geworden waren.

Alles beruht hierbei auf dem Individuum und seiner inneren Lebenskraft. Ich habe eine Freundin, welche von ihrem zwei-jährigen Festungsleben nur die besten Erinnerungen hat. Sie hatte nur einen einzigen Schmerz erlebt. Als sie und ihre Schicksalsgenossen sich so laut durch Klopfen miteinander unterhalten hatten und sie selbst dafür in eine finstere Zelle gesteckt wurde, machte dies fast keinen Eindruck auf sie. Aber als man ihr einmal einige Blumen, welche ihr ihre Schwester hatte bringen dürfen, vom Tisch weg nahm und außerhalb des Fensters setzte, da war es zu viel. Sie weinte und bat, daß man ihr die Blumen wieder bringe.

In der That, wenn man Gefängnisjahre als einen noth-wendigen Bestandtheil des Lebens eines Revolutionärs ansieht, weshalb sollte man sich dadurch so niedergedrückt fühlen? Nur höhere Ursachen müssen auf den Gefangenen einwirken. Eine solche war für mich meines Bruders Verhaftung, ohne daß ich während eines Vierteljahres den Grund für dieselbe hätte erfahren können. Das war meine einzige harte Zeit im Gefängnis. Und sie brachte mich auf den Gedanken, wie un-glücklich Blanqui in seiner Haft sein mußte, als seine Frau starb. Gewiß machte das Gefängnisleben den Schmerz noch heftiger! Indes wer weiß? Wäre nicht der Schmerz in der Freiheit eben so groß gewesen, vielleicht noch größer?

Das Einzige, worunter man im Gefängnis leidet, ist der Mangel an Wirksamkeit. Aber man muß diese zeitweilige Aufhebung der Aktivität als eine vorauszusehende Nothwendigkeit nehmen und dieselbe zur Vorbereitung auf eine spätere Arbeit benutzen.

Selbstverständlich wirkt das Gefängnis auf Geist und Körper niederlegend durch den Mangel an Einbrüden. Jede Thakraft wird ihm auf die Dauer unterliegen, besonders wenn man sein Gehirn überanstrengt; die natürliche Folge des Mangels an Sauerstoffzufuhr zum Blut usw. ist dann Krankheit. Aber ganz das Gleiche ist der Fall auch bei einem Nordpolfahrer oder einem Manne, der sich während Jahren in eine misser-thätliche Arbeit vergräbt, ohne mit Menschen zu verkehren und sich körperlich anzupassen.

Diese kurzen Bemerkungen werden Ihnen, werther Genosse,

die Erklärung dafür geben, warum ich niemals eine Zeile über die Leiden des Gefängnisses geschrieben und weshalb ich, aufrichtig gesagt, stets Mißtrauen gegen alle die „Schrecklichkeiten“ genährt habe, in deren Schilderung sich einzelne Genossen gefolgt haben. Merkwürdige, schwache Leute sind unter allen beliebigen Lebensumständen äußerst elend, besonders wenn sie ein Unglück trifft, oder wenn sie in ein Leben von Wechselfällen, Widerlichkeiten, Kämpfen und Niederlagen geworfen werden.

Im Gefängnis schaffen sie sich unaufhörlich neue Verdrüßlichkeiten. Sie gehen von einem überlegenen Auftreten zu nervösem Kleinmuth über, was die Untersuchungsbeamten sofort bemerken. Sie plagen sie noch mehr, weil sie wissen, daß sie auf diese Weise ihnen eins oder das andere Geständniß erpressen können und spielen auf dieser überempfindlichen Saite weiter; oft treiben sie zum wirklichen Wahnsinn. Wenn man dagegen zu den Untersuchungsbeamten, Richtern und Gensdarmen fest und ruhig sagt: „Ich habe Ihnen nichts zu antworten; wenn das Verhör kommt, werde ich zusehen, was ich zu sagen habe“ — dann fühlen sie, daß Kraft liegt unter dieser ruhigen Antwort und lassen einen in Frieden.

Diese goldene Regel wird oft vergessen, und dies wird für manche Gefangenen die Quelle der schrecklichsten Leiden. Um „einen Freund zu retten“, plaudern sie, antworten mit Ja oder Nein auf eine Frage. Aber dies veranlaßt nur neue Fragen. Auf diese Weise werden neue Opfer in die Sache verwickelt usw. Der Gefangene aber wird durch den Gedanken, wie sich das Netz um ihn zusammenzieht und wie er durch ein Wort zu viel hier und ein Wort zu wenig dort einen Freund kompromittirt hat, fast zum Wahnsinn gebracht. Die Bemerkungen des Schreibers in Göthe's „Egmont“, sollten in jedes Revolutionärs Herzen eingegraben sein; ebenso die letzte Scene „Egmont's“.

Im Grunde giebt es so viele Leiden in der Welt, unter den hungernden Arbeiterfamilien, unter dem Volke, das überall mißhandelt wird, das vor der Zeit stirbt und dessen Arbeit und Leben eine einzige Verzweiflung ist, — daß unsere Gefängnisleiden nur ein Tropfen sind in diesem Meere von Elend aller Arten. Je weniger wir daher von unseren Leiden sprechen, desto besser.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Die Arbeiter in Kottbus beschloßen nach einem Vortrage Behrends aus Berlin die Errichtung eines Gewerkschafts-Lotzells.

Die Zimmerer in Oberberg in der Mark haben am Sonnabend wegen Lohnherabsetzung und Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeit einmüthig niedergelegt. Der Zeitpunkt ist ein günstiger. Um bald wieder zu können, bedürfen sie aber dringend der Unterstützung. Sie ersuchen deshalb alle Kameraden und Parteigenossen in Deutschland, sie mit Geldmitteln über Wasser zu halten. Der Zimmererstreik in Oberberg sei nicht nur für die dortige Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung, sondern er werde auch seine Einwirkung auf das ländliche Proletariat jeder Gegend nicht verfehlen, das bereits lebhaftes Interesse für ihn zeige. Um so nöthiger ist es, durch Zuwendung von Geldmitteln den Streikenden zum Siege zu verhelfen. Alle Geld- und sonstigen Sendungen sind zu richten an B. Künnele, Oberberg in der Mark. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Der Streik der Wiener Zimmerer dauert fort. Gegen 400 sind abgereist. Unterstützung ist nach wie vor dringend notwendig. Ebenso dauert der Streik der elend bezahlten und behandelten Arbeiterinnen der Appreturfabriken fort. Die Photographen in Wien haben die Arbeit in 7 Fabriken wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen niedergelegt. Zwei Firmen bewilligten. Bezug ist zu vermeiden.

Wegen Nichtarbeitens am 1. Mai wurden in dem böhmischen Bezirke Gablonz-Lanussal 103 Textilarbeiter entlassen und über 150 „bestraft“, d. h., man erpreßte Geld von ihnen. Das Schicksal dieses Unternehmers ist wohl noch deutlicher bezeichnend, daß die Arbeiter nicht auf Kündigung engagirt waren. In dem erwähnten Bezirke haben am 1. Mai im ganzen 15000 Arbeiter und Arbeiterinnen gefeiert. — Die alpine Montanarbeiter in Klagenfurt hat sämmtliche Arbeiter bis auf die Kesselschmiede wegen der Theilnahme an der Raifricer gewässert.

Die Maurer in Groß-Biederker (Ungarn) haben ihren Streik scheinbar beendet. Anstatt wie früher 12—13 Stunden täglich, arbeiten sie jetzt von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr, bei 7 Stunden Frühstücks- und 1 Stunde Mittagsspaße. Gleichzeitg wurde ihr Lohn von 0,70—1,30 Gulden auf 1—2 Gulden erhöht.

Die Glasarbeiter Englands haben, dank ihrer Disziplin und Organisation, ihren Streik nach vierwöchentlichem Kampfe scheinbar beendet. Der 16prozentige Lohnzuwachs, den die Fabrikanten vorzuschlagen wollten, ist damit abgewehrt. Die Glasarbeiter beschließen sogar, demnächst eine Lohnparade von mindestens M. 3 zu verlangen.

Der „Zugzwang“ bringt darüber folgenden zu beherzigenden Bericht:

Sieg auf der ganzen Linie!

Castelford, den 6. Mai 1893.

Der Kampf ist vorüber, und auf der ganzen Linie herrscht Frieden, nachdem die Arbeiter einen so glänzenden Sieg errungen haben. Seitigen Monats haben auch die Fabrikanten in Lancashire die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die Glasarbeiter werden es den Fortschritt Kollegen zu danken wissen, daß sie durch ihr energisches Auftreten es dahin brachten, daß in Lancashire die Arbeit eingestellt und wodurch ein Lohnzuwachs von 16 Prozent bewirkt wurde. Noch nie haben die verunglückten Fabrikanten eine solche Niederlage erlitten, wie die jetzt. Dementsprechend werden die Arbeiter umgesehen und sie zu parieren. Wenn es gelungen wäre, nur ein halbes Duzend Arbeiter zu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen, dann hätten die Fabrikanten ein sehr leichtes Spiel gehabt.

Zur Ehre der Arbeiter sei es gesagt, daß von den 3000 Glasarbeitern, die am dem Kampfe betheiligt waren, kein einziger sich dem Verlockungen hat, seine Kameraden zu verrathen. Sie haben wie ein Regiment gekämpft; ohne eine Wunde zu verzeichnen, wußten sie die letzten Beschlüsse des Vorstandes während des 17wöchentlichen Kampfes, ja, kein einziger hat es

gemagt, sich in der Nähe der Fabriken nur sehen zu lassen. Weiter muß man in Betracht ziehen, wie schwierig es ist, einen so umfangreichen Ausstand zu leiten, und doch ging es wie am Schnürchen. Das macht die stramme disziplinierte Organisation! Diese 3000 Glasarbeiter sind an folgenden Orten beschäftigt: Castelford, Swinton, Hunslet, Thornhill Leeds, Ferrybridge, Wakefield, Barnsley, Conisbro, Masbro, Rinkhurst, Stairfoot, Wladon, (alle in Yorkshire), St. Helens und Newton in Lancashire, Dublin in Irland. Die Kosten dieses Ausstandes können bis jetzt noch nicht festgestellt werden; sie werden aber bedeutend sein.

Die Frage der vier Deutschen in Castelford ist auch gelöst, der Herr hat eingewilligt, sie wieder einzustellen, sobald die Defen in Betrieb gesetzt werden, an denen sie gearbeitet haben. Das ist freilich ein anderes Bild, als es seiner Zeit in Dresden war. Als 1878 unser Kollege Georg Horn wegen seiner Agitation für die Glasarbeiter Feierabend bekam, sagten mehrere „Kollegen“: „Gut, daß er hinaus ist, jetzt werden wir Ruhe haben“, und sie haben Ruhe. Es ist aber die „Ruhe“ des Esels, der überlastet am Boden liegt und sich nicht mehr erheben kann. Was sagen die deutschen Kollegen zu Folgendem: Diese Woche findet in Alcoa eine National-Versammlung statt, auf der unter Anderem über die Frage verhandelt wird, daß sämmtliche Glasarbeiter in England eine Lohnherabsetzung von M. 3 die Woche verlangen sollen. Und dies nach einem soeben beendeten Kampfe zur Verhinderung einer Reduktion.

Aus New-York wird uns unter'm 2. Mai geschrieben: Vor Kurzem kam ein interessantes Aktienstück des kalifornischen Fabrikantenbundes an die Öffentlichkeit, worauf darauf hingewiesen ist, daß alle Mittel angewendet werden müßten, die selbstständige politische Aktion der Arbeiter zu verhindern, um die unter den Führer halten zu können. Leider ist nicht zu erhoffen, daß solches Material in der englischen Arbeiterpresse (mit vielleicht einigen Ausnahmen) veröffentlicht wird. Und die deutsche besitzt zu geringen Einfluß.

In der Cole-Region (Pennsylvanien) begann es sich neulich wieder zu regen; nun kommt die Nachricht, daß der Leiter der Carnegie-Werke, Fried, in deren Brennereten zu Connersville eine Maschine zum Cole-Ausziehen eingeführt habe, die, wenn sie sich bewährt, von den dortigen 3000 Arbeitern 2900 überflüssig machen würde!

In Homestead haben schon wieder Lohnreduktionen und zwar in allen Departements stattgefunden; 50 Handwerker legten infolgedessen die Arbeit nieder. Es herrscht allgemein Unzufriedenheit. Ob aber der Streik größere Dimensionen annehmen wird, ist sehr fraglich. Die früheren Union-Arbeiter sollen erforderlichen Falles entschlossen sein, aus „Rache“ in die Stellen der Streikenden zu rücken, die i. B. ihre Plätze besetzt halten!

Die Kohlengraber von Pennsylvanien und Illinois haben ihre Absicht, in eine Bewegung für Lohnherabsetzung einzutreten, aufgegeben; dagegen befanden sich seit 1. Mai 22000 Bergleute Ohio's um Erhöhung des Lohnes von 5 Cents per Tonne im Streik.

Die Beamten der Organisation der Lokomotivführer und Heizer haben das neuerliche Gerücht dementirt, daß ein Streik an den Weltanschauungsbahnen bevorstehe.

Korrespondenzen.

(Die Schriftföhler der Jahrestellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. H.)

Quedlinburg. Lohnunterschieden halber ist der Zugang nach hier streng fernzuhalten.

Dortmund. Lohnunterschieden halber ist der Zugang nach Dortmund fernzuhalten. Infolge der Eröberung der 10stündigen Arbeitszeit ist 25 Kollegen bereits gekündigt.

Carlouis. Am 9. April hatten sich mehrere Kollegen in der Gauwirtschaft von J. Siffermann zusammengefunden behufs Gründung einer Jahrestelle des Deutschen Tischlerverbandes. Es wurde beschlossen, eine solche zu eröffnen, und erklärten sich sämmtliche anwesende Kollegen zum Beitritt bereit. Durch Manipulationen (Soziallabirieren, Sozialverweigerung u.) hat sich die Sache nun doch in der gewünschten Weise nicht erledigen lassen, da uns überdies von einer Seite entgegengeantwortet wurde, wo wir es am wenigsten vermutheten. In hinterlistiger Weise wurden die Kollegen irreföhrt (von wem? D. Red.), so daß sie nicht mehr wußten, an wen sie sich zu wenden haben behufs Aufnahme, Beitragszahlung, Zeitungen u. Troßdem haben wir noch nichts aufgegeben; wir bilden jetzt eine Gesellschaft von Einzelmitgliedern mit einem Vertrauensmann, der die laufenden Geschäfte besorgt. Die noch vorhandenen Mitglieder halten an der Sache fest, und wir hoffen, daß wir die noch fernstehenden doch noch für unsere Sache gewinnen. Möge es gelingen, was wir gestet, und den noch fernstehenden Kollegen hier rufen wir zu: schließt Euch uns an, denn nur das Interesse unser Aller ist es, das uns zusammenhält und zum gemeinsamen Handeln veranlaßt.

NB. Herberge und Arbeitsnachweis befinden sich bei B. Siffermann, Gauwirtschaft.

Kottbus. Am 7. Mai fand hier eine gutbesuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, zu welcher alle hier organisirten Gewerkschaften eingeladen waren, mit der Tagesordnung: Gründung eines Kartells, in welcher Genosse Berents, Berlin referirte, welcher sich seiner Aufgabe durch einen längeren Vortrag zur Zufriedenheit aller Anwesenden entledigte, in welchem er sich für ein Kartell aussprach, doch meinte er, wir dürften uns nicht dem Gedanken hingeben, wenn wir in dieser Weise organisiert sind, wir nichts mehr mit der politischen Arbeiterbewegung zu thun hätten, im Gegentheil, die Gewerkschaftsbewegung und die politische Arbeiterbewegung müßten als Mann und Frau betrachtet werden. Redner empfahl, in dieser Versammlung die Gründung eines Kartells nicht vorzunehmen, sondern es solle jede Gewerkschaft für sich eine öffentliche Versammlung einberufen und einen Vertrauensmann zum Kartell wählen. Von den Rednern, die sich bei der Diskussion zum Wort meldeten, sprachen sich fast alle dahin aus. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Gewerkschaften von Kottbus zur Gründung eines Kartells bereit erklärten und bis zum 12. Juli d. J. in öffentlichen Versammlungen je einer Vertrauensmann dazu zu wählen. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die impoante Versammlung. So wäre nun hierdurch eine Orga-

nisation geschaffen, die sich in vielen Orten schon sehr gut bewährt, und wir hoffen, daß sie die Arbeiter auszunutzen wissen und sich den Verbänden und Vereinen recht zahlreich anschließen. — Am 1. Juli versammelt sich nun auch der Deutsche Tischlerverband mit mehreren anderen Verbänden der Holzindustrie zu einem Holzarbeiterverband. So ermahnen wir nun hierdurch die Holzarbeiter von Kottbus, doch endlich ihre jammervolle Lage einzusehen und sich dem Verband anzuschließen, denn jammervoll kann man es wohl nennen, wenn man sich die hiesigen Verhältnisse betrachtet und dann bedenkt, daß von über 300 Holzarbeitern, sage und schreibe gerade 60 organisiert sind, und der größte Theil von diesen Wenigen denkt noch, wenn sie ihre Beiträge entrichten, so ist es gut und sie brauchen sich dann um Versammlungen, überhaupt um die Arbeiterbewegung nicht mehr zu kümmern. Im vorigen Jahre gaben wir uns der freudigen Hoffnung hin, unsere Jahrestelle würde bald einen recht ansehnlichen Aufschwung zu verzeichnen haben, denn sie erhöhte sich in kurzer Zeit von 35 auf 70 Mitglieder, von da ging es wieder abwärts, was man dem schlechten Geschäftsgang im vorigen Winter zuschrieb, was ja auch ein gut Theil dazu beitrug, denn zum Beispiel wurde da in der Mittag'schen Werkstat 14 Kollegen gekündigt, von denen acht dem Verbande angehörten, drei andere schieben noch freiwillig aus. Ob die erwähnten drei ausgeschieden sind, weil sie meinten, für sie habe der Verband keinen Zweck, das zu untersuchen, wollen wir dahingestellt sein lassen, sollten sie aber wirklich der Meinung sein, daß die Gewerkschaftsbewegung für sie keinen Zweck mehr hat, was ja hauptsächlich auch bei den indifferenten älteren Kollegen die Hauptursache ist, wenn man sie zur Rede stellt; Viele behaupten ja sogar schon, die ganze Gewerkschaftsbewegung hätte sich schon abgewirksam und stehe vor dem Bankrott. Wir haben hier noch die 11stündige Arbeitszeit, mit Ausnahme von drei Werkstätten, wo die 10- und 10 1/2 stündige eingeföhrt ist, und da werden, trotz des schlechten Geschäftsganges, in mehreren Buden noch Ueberstunden gemacht, ja sogar Sonntags bis 3 und 4 Uhr Nachmittags gearbeitet, und das Alles, damit den Arbeiter sich halbwegs nur ein paar Groschen erschiedet, um sein elendes Leben fristen zu können. Die Löhne sind in einigen Buden soweit herabgedrückt, daß man sich wundern, daß der Arbeiter überhaupt noch an der Bank stehen kann. Im vorigen Jahre berichteten wir, daß Kollegen für 9 Mark Wochentohn arbeiten, und es bei den Afford-Arbeitern vorkommt, daß sie mit 5 und 6 Mark nach Hause gehen. Heute können wir berichten, daß es sogar häufig vorkommt, daß, wenn der Afford verrechnet wird, der Arbeiter noch beim Arbeitgeber Schulden hat und es von der Gnade des Betreter abhängt, daß der Arbeiter ohne Lohn und noch mit Schulden wieder an die Luft gesetzt. Kollegen, die Ihr organisiert und aufgeklärt seid, an Euch richten wir die Bitte, Eure ganze Kraft, die Euch zu Gebote steht, anzuwenden, um den Indifferenten zu überzeugen, daß es in seiner Hand liegt, durch eine gute Organisation den jammervollen Zuständen, die sich noch von Jahr zu Jahr verschlechtern, einen Damm entgegenzusetzen zu können. Besucht fleißig die Versammlungen und benutz die Bibliothek, lest die Arbeiterblätter, denn Wissen ist Macht. Schließt Euch fest zusammen und haltet hoch die Organisation.

NB. Am 4. Juni d. J. findet in Guben eine Versammlung der umliegenden Jahrestellen des Deutschen Tischlerverbandes statt, zu welcher auch wir eingeladen sind. Deshalb soll am genannten Tage ein allgemeiner Ausflug nach Guben stattfinden. Es werden die Kollegen ersucht, sich recht zahlreich daran zu betheiligen. Abfahrt Sonntag, 4. Juni, 8 Uhr Vormittags.

Leipzig. Die Wogen der Wahlbewegung gehen hoch und treiben schon jetzt die gleichen herrlichen Wüthen wie 1887 in den letzten Tagen vor dem Wahltermin in unserem lieben Leipzig, als der Hochburg des Nationalliberal-Lüg-mus. Von dem bekannten, genannte Sache vertretenden „Tageblatt“ bis herab zu sogenannten unparteiischen Blättern — welche letztere leider noch ihre Abonnenten zum großen Theile in Arbeiterkreisen finden — tusthören diese Schundblätter alle schon den Kriegschwindel, und zeigen sich die Franzosen schon in nächster Nähe. In diesem Kampfe gilt es diesmal, die Hochburg Leipzig zu stürmen und nicht wieder einen chinesischen Pagoden (Sigue des Kopfnickers), wie es von hier aus immer der Fall war, in das Parlament zu entsenden, sondern einen echten Volksvertreter, wie ihn nur die Sozialdemokratie stellt. Dies war auch der Grund, weshalb wir eine Versammlung der Holzarbeiter im Saale des „Pantheon“ am 16. Mai mit dem sehr zeitgemäßen Punkte: „Das Verhalten der Gewerkschaften während des Wahlkampfes“ abhielten. Kollege Wolf gab zunächst einen kurzen Ueberblick, weshalb der Reichstag aufgelöh sei. Der Kartellreichstag führte die fünfjährigen Legislaturperioden ein, damit das Volk nicht allzu oft aufgeregert werde. Wie die englischen Arbeiter für das Koalitionsrecht den Kampf geführt, so gelte es auch bei uns, für das allgemeine Wahl- und Koalitionsrecht (welch letzteres theilweise nur auf dem Papier steht), denn beides sei in Gefahr, wenn nicht die Stimmen der Arbeiter sich mehrten, einzutreten. Es handle sich weniger darum, eine Anzahl Mandate zu erringen, sondern durch die Masse zu zeigen, daß man nicht mit der Militärvorlage übereinstimme. Die Vertreter des Selbstsacks bewilligten nur und das arbeitende Volk müsse den größten Theil der Kosten tragen, welche durch Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer aufgebracht werden sollten. Die Masse sei nicht mehr konsumtionsfähig, der Hungerriemen müsse angezogen werden. Einzelne Personen haben ungeheure Einkommen und Laufende haben nicht satt zu essen. Dieser Gegenatz könne nur ausgeglichen werden, wenn Vertreter der Sozialdemokratie in den Reichstag kommen, um Menschenrechte fördern zu helfen; das Volk müsse die Konsequenzen ziehen und in seiner Besamtheit sagen: Es sei genug des graujamen Spiels. Die Diskussion gestaltete sich im Sinne der nachstehenden einstimmig angenommenen Resolution: „Die heutige Versammlung der Holzarbeiter erklärt: In Erwägung, daß durch die von der Regierung geforderte Vermehrung des Militärs die Steuerkraft des arbeitenden Volkes auf das Maßloste gesteigert würde, beschließt die Versammlung, mit allen Kräfte dafür zu agitiren, daß für Leipzig-Stadt und Land nur die Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege gelangen, indem die Vertreter derselben im Reichstage zu wiederholten Malen erklärt haben: Für dieses System keinen Mann und keinen Groschen. Ferner versprechen die Versammelten, bei jeder Flugblattverbreitung thätig zu sein, sowie am Wahltag möglichst von Mittag an die Arbeit ruhen zu lassen.“ Im folgenden Punkt giebt Kollege Müller Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission und bemängelt die Pauheit in der Gewerkschaftsbewegung, sowie daß ein Theil dieselbe nur als melkende Kuh betrachte. Die Korrespondenz war nach außen eine sehr lebhafte und gingen aus 127 Briefe und

74 Postkarten, während 50 Briefe und 59 Karten eingingen. Der Rassenbericht wird in nächster Versammlung gegeben werden. Kollege Moß berichtet nun über die ihm übertragene Agitationstour in Sachsen. Geplant wurden 29 Versammlungen, wovon einige ausfallen mußten wegen unvorhergesehener Zwischenfälle, meistens war es die Polizei unter allzu großer Fürsorge für das „Arbeiterwohl“. Die Kosten dieser Agitationsreise belaufen sich auf M. 341,80 inkl. Porto und Depeschen, im Durchschnitt M. 11,78 für jede Versammlung. Durch diese Agitationsreise habe endlich die Gewerkschaftsbewegung Einzug in's Erzgebirge gehalten und werden auch dort unsere Ideale zu neuen Siegen führen. — Aus den einzelnen Branchen wurden noch drei Revisoren gewählt, die Rassenverhältnisse zu prüfen. Kollege Weiske wird noch gewählt, sich mit dem Vorstande des Holzarbeiterverbandes in Verbindung zu setzen und die Mitgliedsbücher in Empfang zu nehmen, damit beim Uebergang am 1. Juli keine Unterbrechung eintritt. Die Verwaltung wird in einer am 24. Juni stattfindenden Versammlung gewählt. Mit einem Hoch auf die bevorstehenden Siege der Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung. Hoffen wir also, daß nicht wieder ein „Angstprodukt“ von Reichstag zu Stände kommt wie 1887, dafür wollen auch die Gewerkschaften sorgen, denn es gilt auch hier: „Getrennt marschieren, aber vereint schlagen“. Dies sei unser Lösungswort. Auf zum Kampfe, auf zum Siegel!

Verband deutscher Korbmacher.

Korrespondenzen.

Hamburg. Die hiesige Zahlstelle hielt am 13. Mai ihre monatliche Mitgliederversammlung ab, in welcher der Kassierer die Abrechnung des ersten Quartals mitteilte. Die Einnahme betrug darnach M. 237,80, der Rassenbestand am Schluß des vorigen Jahres 15 1/2, Summa M. 237,95. Die Ausgabe betrug: An die Hauptkasse abgeliefert M. 150, Ausgaben in der Zahlstelle M. 34,60, Rassenbestand am Schluß des ersten Quartals M. 53 3/4, Summa M. 237,95. Hierauf fanden verschiedene Wahlen statt und wurde der Kassierer der Hauptkasse, E. Schütt, zur Führung des Arbeitsnachweises gewählt, zum Revisor der Lokalkasse wurde Winkler, in die Bibliothekskommission Gerjemar, Conzabiz und Strauer gewählt. Sodann wurde beschlossen, das Sommervergnügen am dritten Sonntag im Juli in Winterhude abzuhalten, und das Komitee auf neun Personen ergänzt. Nachdem Paul Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattet, nahm Bölling das Wort und führte Beschwerde gegen den Schriftführer wegen Fehlens einiger Versammlungsberichte in der „Neuen Tischer-Zeitung“ und erwähnte, daß die Schriftführer die Berichte einsenden sollten, da sonst die Korbmacher gleichgültig gegen das Fachorgan würden. Von Frise wurde bei dieser Debatte auf die Leitarartikel, als das Wichtigste hingewiesen. — Im April fanden hier drei Versammlungen statt, in welchen unter Anderem die Delegierten Bericht von der Generalversammlung erstatteten und die Ergänzungswahlen zum Hauptvorstand vorgenommen wurden. Es wurden gewählt: Zum zweiten Vorsitzenden Lühr, zum zweiten Kassierer Adam, zum Vorsitzenden Giese und zu Revisoren der Hauptkasse Krüß, Sad und Bus.

Krankenkasse.

Gröbungen. Am 30. April fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung der Kranken- und Sterbekasse deutscher Korbmacher im Festtruppenlokal statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Stellungnahme zum Beschluß des Zentralvorstandes und Ausschusses der Kranken- und Sterbekasse deutscher Korbmacher. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Rassenangelegenheiten. Zum ersten Punkt verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Hauptvorstand, in welchem uns mitgeteilt wurde, daß am 21. und 22. Mai die Generalversammlung in Zeitz stattfinden soll. Wir wurden darin auch aufgefordert, einen Delegierten zu wählen, welcher aber laut Beschluß nur M. 2 pro Tag ohne jede andere Vergütung erhalten soll; da aber nach unserer Meinung für diesen Diätensatz keiner ein Mandat übernehmen kann, so wurde von einer Wahl abgesehen, ebenso von der Vertretung durch einen Zeitzer Kollegen. Sodann wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, ein Schreiben an den Hauptvorstand zu senden, worin wir unser Mißfallen gegen einen solchen Beschluß ausdrücken, indem jährlich über M. 600 Extrakter einkommen, die zur Deckung der Unkosten der Generalversammlung verwandt werden sollen. Der zweite Punkt der Tagesordnung, Abrechnung, konnte nicht erledigt werden, da der Kassierer durch Abwesenheit glänzte. Zum dritten Punkt lag nichts vor, worauf der Vorsitzende die Versammlung um 4 Uhr schloß.

Sozialpolitische Rundschau.

Auf der sächsischen Ebene giebt es kein Halten, es geht weiter abwärts. Der Vorsitzende des Reichsclubs der Bergleute des Saargebietes, Schillo, hatte auf den 14. d. M. Nachmittags die Bergleute des Vereins zu einer Wahlbesprechung und Aufstellung eines Kandidaten in den Saalbau nach Bismarck eingeladen. Die Versammlung verfehlte aber ihren Zweck insofern, als nur wenige Bergleute erschienen wären und die Sozialdemokraten die Mehrheit bildeten. So ging der Vorschlag Emmel's, die Versammlung möge den Beschluß, ihn als Kandidaten aufzustellen, auch zu dem ihrigen machen, nahezu einstimmig durch, wiewohl Rechtsanwalt Hender-Metz eindringlich die Vertretung der Bergleute durch einen Bergarbeiter empfahl. Schillo hatte Worte des Bedauerns darüber, daß die Versammlung wegen des schwachen Besuchs seitens der Bergleute nicht der richtige Ausdruck ihrer Willensmeinung und durch die sozialdemokratische Einmischung der ehemals so klühende Reichsclubverein heruntergekommen sei. Im Uebrigen gab er seiner Meinung dahin Ausdruck, die Bergleute würden keinen Sozialdemokraten als ihren Vertreter wählen; nicht einmal die abgelegten. Schlimm genug. Ein solcher Verein, der so wenig Solidarität für seine gemäßigten Genossen an den Tag legt, ist werth, daß er zu Grunde geht. Der Reichsclubverein geht nicht durch die sozialistischen Aufwühlungen seiner Mitglieder zu Grunde, sondern durch die Feilscherei, die eingerissen ist. Bei der Grubenverwaltung sieht man sich den Ansprüchen geben, berufenen Hüter und Wächter der Arbeiterinteressen zu sein, das sind zwei miteinander nicht zu vereinbarende Dinge. Das Eine schließt das Andere aus.

Aus den sächsischen Grubenbezirken wird geschrieben: Für die Verhältnisse in den sächsischen Bergbaubezirken scheint uns eine Mittheilung des in Zwickau erscheinenden „Glückauf“ bezeichnend, nach der man bei der letzten Generalversammlung des „Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter“ darauf bedacht gewesen sein soll, keinen noch in Arbeit stehenden Bergarbeiter in den Vorstand zu wählen, um Maßregelungen zu vermeiden. Man wird sich nicht darüber wundern dürfen, wenn sich in den sächsischen Bergarbeiterbezirken das Wort: „Allzu scharf macht scharf“, auch bei der nächsten Reichstagswahl wieder bewahrheiten sollte.

Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß der Verband der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter Korporationsrechte besitzt. Freilich, dabon sind wir überzeugt, daß, wenn der Verband sich heute nicht im Besitz dieser Rechte befände, sie ihm schwerlich verliehen werden würden. Daß man sie ihm nicht entziehen kann, ist der deutlichste Beweis dafür, daß der Verband noch niemals Veranlassung genommen hat, die durch das Gesetz gezogenen Schranken zu überschreiten.

Wohlthuernder Unterschied. Die Herren Stadtrath Dr. Fleck-Frankfurt a. M. und Bürgermeister-Beigeordneter Dr. Gasser-Mainz, Vorsitzende der Gewerbevereine in Frankfurt und Mainz, haben an die Vorsitzenden der Gewerbevereine der Nachbarstädte ein Ausschreiben gerichtet und darin zu einer Besprechung auf Sonntag, 11. Juni, nach Mainz eingeladen, um zu erwägen, ob nicht die Gewerbevereine des deutschen Reiches miteinander in Verbindung treten sollten, zum gegenseitigen Austausch gemachter Erfahrungen, Statuten, wichtiger Urtheile, Gutachten, Schiedsprüche in Einigungsachen, Jahresberichte, Statistiken usw. Die „Blätter für soziale Praxis“ in Frankfurt a. M. haben sich prinzipiell bereit erklärt, der Vereinigung der Gewerbevereine den nötigen Raum für Publikation von Mittheilungen, Rechtsprüchen usw. kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Das tiefe sozialpolitische Verständnis über Bedeutung und Ausdehnung der Gewerbevereine, wie es von den beiden Herren bekundet wird, hebt sich äußerst vorteilhaft ab von dem Widerstreben, welches Magistrate größerer Gemeinwesen noch immer der Errichtung der Gewerbevereine entgegen bringen. Wir erinnern nur an das frühere Verhalten des thüringischen Städtetages, auf dem die Beteiligten glaubten, ihrer Abneigung gegen die Gewerbevereine noch in einem Kollektivvotum Ausdruck geben zu müssen. Es wäre zu wünschen, daß die von den beiden Herren angeregte Konferenz nicht auf ein kleineres Territorium beschränkt bliebe, sondern sich zu einem alle deutschen Gewerbevereine umfassenden Kongreß erweiterte. Immerhin ist es anzuerkennen, daß aus dem Schooße der sozialpolitischen Institute heraus die Initiative entspringt, die in ihren weiteren Konsequenzen zu weitergehenden, tiefer einschneidenden gesetzgeberischen Maßregeln führen muß.

Einer kommt nach dem Anderen. Auch der Gewerbeverein Herr Spemann in Braunschweig hält es für geboten und wünschenswerth, mit den Arbeitern in direkten Verkehr zu treten und deren Wünsche, Klagen, Beschwerden und Vorstellungen entgegenzunehmen. Zu diesem Behufe hält der Herr an Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr in seiner Wohnung Sprechstunden ab.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik erhält Konkurrenz. Auf Antrag der Sektion für Volkswirtschaft wird das Freie Deutsche Hochfürst im Juni dieses Jahres eine Konferenz veranstalten, in der die Fragen der Arbeitslosenstatistik, des Arbeitsnachweises, der Notharbeit usw. ihrem ganzen Umfang nach zur Verhandlung kommen sollen; mehrere auswärtige Sachkundige haben ihre Theilnahme bereits zugesagt. Es wird das die erste der fortan wiederholt vom Freien Deutschen Hochfürst zu berufenden freien Besprechungen volkwirtschaftlicher Tagesfragen sein; gerade eine Frage, die ihrer Wichtigkeit, aber auch ihrer Schwierigkeit nach, noch so vielfach unterschätzt wird; jähren dem Institut zur Eröffnung der neuen Einrichtung geeignet. Unstreitig werden von der klaren Begründung und Begründung der zunehmenden Arbeitslosigkeit die Maßregeln beeinflusst werden, so die bürgerliche Gesellschaft zur Bekämpfung dieser Massenerscheinung vorzunehmen gedankt, wenn überhaupt die bürgerliche Gesellschaft so viel Pflichtgefühl noch zu beibehalten vermag, der Arbeitslosigkeit zu begegnen, woran wir zweifeln. So sehr wir auch das Vorgehen des Freien Deutschen Hochfürst zu schätzen wissen. — positive Vorschläge, geeignet, die Arbeitslosigkeit in ihrer Ursache zu treffen, werden von ihm ebensowenig ausgehen, als wir solche von der Reichskommission für Arbeiterstatistik erwarten. Trotzdem sollte es uns freuen, wenn die Arbeiten des einen Instituts die des anderen in der Weise beeinflussen würden, daß rasche und gründlich erspöndende Arbeit gelte. Die entsprechende Anwendung zur Unterstützung unserer positiven Vorschläge wollen wir dann schon ziehen. Eine Selbstversicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit ist eine unannehmliche Maßnahme. Die Erfahrung hat uns Recht gegeben und gelehrt, daß die besten gewerkschaftlichen Verbände, bei denen die günstigen Vorbedingungen der Arbeitslosenunterstützung gegeben waren, so: günstige Arbeitsbedingungen, beschränkte Arbeiterzahl, stramme Organisation, hohe Beiträge zur Gewerkschaft und dergleichen mehr, auf die Dauer, insbesondere bei Ausbruch wirtschaftlicher Krisen, die Arbeitslosenunterstützung nicht ausreicht erhalten konnten. Auch der Plan, Arbeiter und Arbeitgeber gleichmäßig oder ungleichmäßig zu den Kosten beitragen zu lassen, ist eine Ungerechtigkeit. Zur Abwehr der Arbeitslosigkeit kann der Arbeiter nichts beitragen. Dagegen ist es das privatkapitalistische Ausbeutungssystem, welches dieselbe heraufbeschworen hat und ihr stets neue Nahrung giebt. Die Profitgier des Kapitalismus ist der schuldige Theil. Sie muß getroffen werden. Der Profit des Unternehmertums muß von der Betrag Schmälerung erfahren, der nötig ist aufzubringen, jedem Arbeitslosen, dem Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, den notwendigen Unterhalt zuzuwenden. Dem Kapitalismus müssen die Kosten einer Arbeitslosenversicherung aufgelegt werden. Von einer Undurchführbarkeit des Planes kann keine Rede sein. Sie ist verteuert einfach. Die Kosten einer Arbeitslosenversicherung müssen durch eine direkte Einkommensteuer gedeckt werden, wobei es völlig gleichgültig ist und sein muß, ob das Einkommen aus einem gewöhnlichen Unternehmern oder zinsbringenden Papieren herrührt. Die Komposition anderer Leute, Derer, die alle Werthe erzeugen. Deshalb ist es nicht mehr wie recht und billig, allen diesen, welche die Verantwortung für das Vorhandensein der Arbeitslosigkeit

tragen, auch die Kosten für die Versicherung gegen dieselbe aufzuerlegen. Die Ablehnung dieser Verpflichtung seitens der bürgerlichen Gesellschaft wird und muß einen Ansporn mehr für die Arbeiterklasse abgeben, der bürgerlichen Gesellschaft die Ausübung und Kontrolle über die Gütererzeugung zu entziehen. Es ist und bleibt doch die einzige, gründliche Radikalkur, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Der Ordnungsbrei gut abgeführt. In Grabow bei Stettin war das Resultat der am 16. November vorigen Jahres zu unseren Gunsten verlaufenen Stadtverordnetenwahl für ungültig erklärt worden. Es wurde deshalb am 9. Mai noch einmal gewählt. Das Resultat beider Wahlen ist nun folgendes: Am 16. November 1892 erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten Borkmann, Schmidt, Feinsberg je 126 Stimmen, die Gegner 116 Stimmen; am 9. Mai 1893 erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten je 246, die Gegner 86 Stimmen. Nun werden die „Ordnungsleute“ wohl Ruhe haben.

Boykott gegen Boykott. Die Rückgratlosigkeit des deutschen Bürgerthums und vor Allem die laienhafte Bedientennatur der Gewerbetreibenden hat diese in verschiedenen Städten in eine für sie recht unangenehme Situation, so eine Art Zwischmühle gebracht. Das von den Ordnungsparteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beliebte Mittel der Saalabtreiberei fand nachdrücklichste Unterstützung in dem militärischen Boykott. Für viele Saalbesitzer war das über ihre Lokaltäten verhängte Militärverbot auch willkommene Gelegenheit, sich der Sozialdemokraten als Partei zu entledigen, als Gäste sah man sie recht gern. In vielen Fällen appellirten die Saalinhaber sogar an die Mächte der Arbeiter, von deren Gutmüthigkeit erwartend, daß sie trotz der Verweigerung des Saales zu Versammlungszwecken, ihm die Kundtschaft nicht entzögen. Doch Alles hat Maß, Ziel und Grenze. Die Arbeiter sahen, daß ihre Gutmüthigkeit mißbraucht wurde, sie erkannten, daß dem Boykott mit dem Boykott begegnet werden mußte. Wo die Arbeiter als Hauptkonsumenten in Betracht kommen, können sie auch hochheime Bräuer und Saalinhaber ihre machen. So ist es denn gekommen, daß verschiedene Saalbesitzer, die höchmüthiger Weise den Arbeitern den Stuhl vor die Thüre setzten, sich später wieder um deren Gunst bemühten. So scheint jetzt auch den Leipziger Saalinhabern die bessere Erkenntniß gekommen zu sein, nachdem sie die Wahrnehmung haben machen müssen, daß die „Hochburg des Nationalliberalismus“ eben so hart unterminirt ist als wie der Thurm des Zentrums.

Die Leipziger Saalinhaber hatten sich in einer Anzahl von ca. 30 Personen im Hotel zum „Deutschen Haus“ zu einer Besprechung eingefunden. Es wurde beschlossen, an das Polizeiamt, die Amtshauptmannschaft und die Militärbehörde Eingaben zu richten, in welchen darum ersucht wird, daß die Saalinhaber, die während der Wahlperiode der Sozialdemokratie zu Wahlversammlungen ihre Säle zur Verfügung stellen, von dem sonst gebräuchlichen Militärverbot verschont bleiben. Eine Minderheit der Anwesenden versuchte die Versammlung zu einer Solidaritätserklärung in dem Sinne zu veranlassen, daß die Gesamtheit der Saalbesitzer von Leipzig und Umgegend ihre Säle untheilhaftig allen Parteien und nicht nur während der Wahlperiode, sondern für immer öffnen solle. Doch beschloß die Majorität wie oben angegeben. Bezeichnend für die Verhältnisse ist es, daß die Saalinhaber sich mit solchen Eingaben an die Behörden wenden müssen, um der durch den Boykott von oben zu befürchtenden Geschäftschädigung vorzubeugen.

Die Stellungnahme, welche die Minderheit in Vorschlag brachte, war untreulich die richtigste und korrekteste. Sie erfordert zu ihrer Durchführung aber Männer mit Rückgrat, die politischen Einschüchterungen und kapitalistischen Einschüchterungsversuchen den für sie allein zutreffenden Standpunkt des praktischen Geschäftsmannes einnehmen. Würden die Saalinhaber alleorten geschlossen und solidarisch allen Parteien untheilhaftig ihre Säle zu Versammlungen zur Verfügung stellen, so müßte der militärische Boykott völlig wirkungslos bleiben. Daß die Leipziger Saalbesitzer sich nicht zu eigener solidarischer Selbsthilfe aufschwingen, beweist nur, daß jeder derselben sein Sonderinteresse verfolgt und dasselbe von dem Schaden des Kollegen abhängig glaubt. Ein gehöriger Fußtritt ist die beste Antwort auf solche Rückgratlosigkeit.

Statistisches. Nach einer vorläufigen Mittheilung über die Krankenversicherung der Arbeiter im Jahre 1891, enthalten in den Vierteljahresheften der Statistik des Deutschen Reiches, waren im genannten Jahr 21 498 Krankenkassen mit 6 879 921 Mitgliedern in Thätigkeit, und zwar:

8145 Gemeindefassen	mit 1 166 893 Mitgliedern
4219 Ortskassen	2 900 004
6244 Betriebskassen	1 730 303
132 Baukrantenkassen	27 293
467 Innungskassen	78 064
1841 Hülfskassen	838 481
450 landesrechtl. Kassen	138 883

Die Zahl der eingeschriebenen Hülfskassen ging seit dem Jahr 1886 um 35 zurück. Dagegen stieg die Mitgliederzahl um 78 368. Wesentlich anders wird sich dies im laufenden Jahr infolge des neuen Gesetzes gestalten, dem eine große Zahl dieser Kassen zum Opfer fiel. Die Konsequenz erforderte, daß man nun auch den Betriebs-, Innungs- usw. Kassen etwas mehr zu Leibe ging, denn was dem Einen recht, ist dem Anderen billig. — Von den im Jahre 1891 verausgabten Krankheitskosten im Betrage von M. 89 548 781 entfielen M. 17 859 712 auf die Ärzte, M. 14 894 070 auf die Apotheker usw., M. 41 858 446 auf Krankengeld, M. 14 936 553 auf Anfalltsversorgung und Sterbegeld. Auf ein Mitglied kommen 0,3 Erkrankungsfälle, 6,0 Krankheitsstage und M. 13,02 Kosten.

Die bessere Einsicht bricht sich Bahn. Gegner eigener städtischer Betriebe werden vielleicht durch eine Mittheilung nachdrücklich gestimmt werden, die wir den hier erscheinenden „Blättern für soziale Praxis“ entnehmen. Demnach hat ähnliche günstige Erfahrungen wie die Kölner auch die hiesigen Armenverwaltung mit der von ihr betriebenen städtischen Apotheke gemacht, in der die Bestimmungen für die städtischen Spitäler und für die Hausärmer hergestellt werden. Man zählte im Jahre 1890/91 zusammen 48 398 Rezepte. Die Gesamtkosten des Betriebes der Stadtapotheke betragen M. 13 652,83, während die Rezepte nach der Tage M. 44 243,41 gekostet hätten. Der Gewinn der Stadt kam also einem Rabatt von 69 Prozent auf die Medizinaltage gleich, den wohl kein

privater Apotheker hätte bewilligen können. Diese Kachener Erfahrungen liefern einen Beweis mehr dafür, daß der Betrieb eigener Apotheken auch für mittelgroße Städte erheblichen Nutzen hat, und zeigen gleichzeitig im Allgemeinen wieder einmal, wie nutzbringend häusliche Betriebe, Selbstverwaltung sein kann.

Um so unbegreiflicher erscheint es, daß neulich das heilige Ministerium einen diesbezüglichen Antrag der Stadt Mainz ablehnte. Hat man etwa Angst, man feuere auf zu vielen Pfaden der sozialistischen Gesellschaft zu?

Ein anderer Wegweiser. Anfangs dieses Monats wurde in Dresden eine neue mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattete Militärbäckerei in Betrieb gesetzt. Die Brotteigmaschine vermag 17 Zentner Teig auf einmal zu bereiten. Die Breitung geschieht in einem umklappbaren Trug. Von den schon einfachen Einrichtungen des Bäckereibetriebes bleiben nur die Handbreichungen vor dem Ofen über. Und bei solcher Entwicklung des Betriebes sind die propädeutischen Bäckereimeister die krammsten Hülfiler, die am lautesten nach dem Befähigungsnachweis schreien. Der Grund ist sehr durchsichtig. Das Bäckereigewerbe ist ein der noch erhaltenen handwerksmäßigen Betriebe, bei dem alle Vorbedingungen des Großbetriebes gegeben sind. Der Uebergang ist nur eine Frage der Zeit, und im Interesse der in diesem Betreibe bis zur Ungebühr ausgebeuteten Arbeiter nur zu wünschen.

Konzentration der Arbeitsmittel, Vorbedingung der Ueberführung der Arbeitsmittel aus dem privaten in den gesellschaftlichen Besitz, Vorbedingung des Hineinwachsens der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft. — Eine Riesenschuhfabrik ist jüngst in Firmans (bayerische Pfalz) gegründet worden. 61 dortige Schuhfabriken haben sich in Gestalt einer Aktiengesellschaft zu einer einzigen Schuhfabrik („Kooperative Schuhfabrik“) vereinigt, die 8723 Arbeiter beschäftigt. Das Aktienkapital beträgt 17 1/2 Millionen Mark, eingeteilt in 17500 Aktien à M. 1000. Die Arbeit wird unter den einzelnen Fabriken so verteilt, daß die einen bloß Herren, die anderen bloß Damen- und die dritten bloß Kinderstühle anfertigen; ferner wird auch eine Theilung bezüglich des zu verarbeitenden Materials (Lack, Holz, Leinwand oder Ziegenleder etc.) getroffen. An Stelle der jetzigen 321 angestellten Reisenden sollen künftig nur 12 derselben die Vertretung besorgen und außerdem an einigen ausländischen Hauptplätzen Agenten angestellt werden. Die bisherige Jahreserparnis soll eine Million betragen. Die jährliche Produktionsmenge soll eine Million Dugend Paar Schuhe und Stiefel betragen, welche einen Verkaufswert von über 30 Millionen Mark repräsentieren. Durch spätere Errichtung eines einzigen großen Fabrikgebäudes hofft man 54 der bisherigen Werksmeister und 210 Aufseherstellen aufheben und durch billigeren Kraftbetrieb weitere Ersparnisse machen zu können. Die bisherigen Fabrikanten übernehmen als Betriebsleiter die Verwaltung der Fabrikation.

Das ist einer der Wegweiser auf den verschlungenen Pfaden des wirtschaftlichen Lebens, der auf das Ziel — die sozialistische Gesellschaft, verweist. Wir empfehlen die Zuschrift dem Studium der Wochen, Richter und sonstiger vorlauter Frager nach dem Zukunftsstaat. Freilich, die unperpetuelle Weisheit der Herren läßt sie die einfachsten Dinge von der Welt nicht erkennen. Sie bleiben ihnen böhmische Dörfer.

„Gegen ist der Mühe Preis“, aber nicht im kapitalistischen Zeitalter. Wer fleißig ist und schont, um sich und die Seinigen christlich und redlich durch die Welt zu schlagen, der kriegt es zu nichts; wer dagegen Kapital besitzt, Andere für sich arbeiten läßt und auf's Gewissenlosste ausnützt und ausbeutet, der wird reich. Der Beispiele hierfür giebt es viele. Hier nur eines: Ein Arbeiter in Garmisch ist in einer Maschinenfabrik beschäftigt und erhält als Lohn seiner aufregehenden Thätigkeit pro Tag den Kleinen Lohn von M. 2.20. Dieser Lohn wird selbstverständlich, wenn man allen Verpflichtungen gerecht werden will, nicht aus, eine zahlreiche Familie zu ernähren, den Hauszins zu erschwingen, die Kinder ordentlich zu kleiden, Steuern zu zahlen usw. usw. Was bleibt da der Frau Anderes übrig, als ihre Kinder sich selbst zu überlassen und zu suchen, den kümmerlichen Erwerb des Mannes durch ihre Hände Arbeit wenigstens etwas zu vermehren? Familien und Abertonjenden in dieses traurige Loos bechieden. Auch die Frau des oben genannten Arbeiters sah sich nach einem Verdienst um und wandte sich zu diesem Behufe an die Firma Siegfried Friedmann in Stuttgart. Die Firma gab der Frau Arbeit, und zwar 58 Schürzen. Täglich arbeitete diese, auch Sonntags, in ihrer Stube, Tag für Tag zwölf und mehr Stunden. Nach zwölf Stunden angelegter Arbeit hatte sie ihr Arbeitsquantum fertig und froh, nun ihren lauer verdienten Lohn zu empfangen, bezog sie sich zu ihrem „Arbeitgeber“. Der Preis für die Schürze war nicht verhandelt worden. Die Frau vertraute auf die Güte des Herrn Siegfried Friedmann. Aber sie sollte eine bittere Enttäuschung erleben! 50 von den 58 Schürzen waren als brauchbar von dem Arbeitgeber angenommen worden, dafür wurde ihr — laut den fremdlichen Entgegenkommen des Herrn Friedmann — als Arbeitslohn die Summe von 1 Mk. 73 Pf. angelegt, das heißt pro Schürze 2 1/2 Pf. und entspricht, wenn die Arbeiterin 5 Schürzen im Tage fertig bringt, einem Tagesarbeitslohn von 12 Pf. 3 Schürzen aber bezeichnete Herr Siegfried Friedmann als ungenügend unbrauchbar; er verlangte für die Arbeiterin jedoch und zog ihr dafür 1 Mk. 5 Pf. an ihrem Verdienst ab, so daß sie haare 68 Pf. für die gewöhnlichen 5 Schürzen anbezahlt bekam. Heißt ein Geschäftsdarfen heute die Arbeiterin abrechnen 3 Schürzen zur Bezahlung, deren Betrag ihr so viel eintrug, daß sie nur ihre M. 1.73 hat. Die arme Frau klagte und das Gemeindericht ersuchte sie ihren Gatten; sie bekam nach M. 3.75 nachbezahlt. So daß die Arbeiterin nur einen Durchschnittslohn von 15 1/2 Pf. pro Schürze empfing. Das aber auch dieser Durchschnittslohn zu einem unzulässigen, menschenwürdigen Lebensunterhalt nicht ausreicht, behauptet keine Dame.

Und angeblich höher zu zahlen wegen es noch hässlichere Arbeiter und Arbeiterinnen, von jüdischer Abstammung in der arbeitenden Klasse zu haben, dem Velle Empfinden nach Kapitalisten zu verfolgen, Mordel die Welt ein herrliches Scherzstück zu sein? Ist es nicht das geübteste Geschäft und die höchste Unternehmung, welches die Arbeiter in der unermesslichen Menge ausbeuten, so ja doch auf den Weg der Konzentration verweist? Aber gegen diese Forderungen wagt man „sozialistische“ Arbeiter u. Vereine nicht

aufzutreten, der Respekt vor dem heiligen Kapitalismus verbietet es ihnen, sie wissen, daß sie in's eigene Fleisch schneiden müßten. Nur diese verfluchten Sozialdemokraten sind's, die die Ehe aufheben und das Familienglied zerbrechen wollen! Begeistert Ihr es nun, Arbeiter und Arbeiterinnen, warum die Pfaffen so sehr gegen die Sozialdemokratie donnern?

Was ein Krieg verschlingt. Das amtliche „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht in einem zu Gurnien der Militär-vorlage geschriebenen Artikel Mittheilungen über die Verluste im Kriege von 1870/71, wie diese in solcher Vollständigkeit bisher noch niemals in die Öffentlichkeit gekommen sind. Es fielen auf dem Schlachtfelde und starben an ihren Wunden auf deutscher Seite 1881 Offiziere und 28 397 Mann; verwundet wurden 4239 Offiziere und 84 304 Mann. Vermißt wurden 127 Offiziere und 12 257 Mann. Der Gesamtverlust beträgt also 6247 Offiziere und 123 453 Mann. Unter den Vermißten müssen die jogen. „Noch-Vermißten“, d. h. Diejenigen, über deren Schicksal bis zum Jahre 1882 keinerlei bestimmte Nachricht eingegangen war, zu den Toten gerechnet werden; ihre Zahl belief sich auf rund 4000. Unter Berechnung dieser, sowie der 17 105 Köpfe, welche die Armee während des Krieges an Krankheiten verloren hat, sind rund 49 400 Deutsche gestorben. Die Franzosen dagegen verloren rund 2900 Offiziere und 136 000 Mann durch den Tod, wovon 17 638 in deutschen Bazarbetten starben. Berechnet man den Antheil der durch feindliche Gewalt Getödteten in den einzelnen Truppengattungen, so ergibt sich, daß die Infanterie ganz unverhältnißmäßig mehr zu leiden hatte, als die anderen Waffengattungen. Es fielen von der Infanterie, wenn man die Durchschnittszahl zu Grunde legt, 4.47 pSt., von der Kavallerie 1.40 pSt., von der Artillerie 1.28 pSt. und von den Pionieren 0.37 pSt. Sondern man die einzelnen Kontingente voneinander, so ergibt sich, daß die Hessen das meiste Blut bezahlt haben; es fielen von ihnen 5.97 pSt., von den Bayern 5.58 pSt., von den Sachsen 5.40 pSt., von den Preußen 4.85 pSt., von den Württembergern 3.76 pSt. und von den Bismarckern 3.51 pSt. Eine sehr große Anzahl deutscher Soldaten mußte nach dem Kriege als invalide erklärt werden. Bis Ende 1884 wurden 69 895 Unteroffiziere und Mannschaften im mobilen deutschen Heere von 1870/71 als kriegsinvalid anerkannt. Es sind dies 6.28 pSt. aller überhaupt mobil gewordenen deutschen Soldaten. — Die furchtbare Blutsteuer, die dem Volke entrichtet wird, ist würdig der das Volk ausaugenden Gullsteuer, die auch auf seinem Altar dargebracht wird.

Aus der Schweiz. Internationale Solidarität. Der „Landesausschuß der deutschen Sozialisten in der Schweiz“ hat aus Anlaß der Reichstagsauflösung einen Aufruf an die Schweizer Genossen erlassen, in dem aufgefordert wird, „den kämpfenden Genossen in Deutschland materielle Hilfe zu bringen, damit dieselben aus dem gewaltigen Kampfe, auf dessen Ausgang die ganze Kulturwelt mit Spannung hindrückt, siegreich hervorgehen.“

Ob groß oder klein, so heißt es in dem Aufruf, wir werden die gewährte Hilfe als ein Zeichen brüderlicher Gesinnung von jedem Freunde des proletarischen Emanzipationskampfes den deutschen Genossen übermitteln.

Geldsendungen wolle man gefl. richten an E. Bed, Zürich I, Spitalgasse Nr. 10.“

Unseren braven Genossen in der Schweiz herzlichsten Dank für ihre Theilnahme.

In gleicher Weise sind die deutschen Genossen des Kantons Basel angelegt rührig, die angrenzenden Distrikte des Wahlkreises Wülthausen im Elsaß zu bearbeiten. Alle Sonntage schwärmen Mitglieder der Baseler „Kriegslohn“-deutscher Sozialisten und des deutschen Arbeitervereins in's Elsaß und dort von Dorf zu Dorf und entsalten durch Versammlungen, Vertheilung von Flugchriften, mündlichen Berthe eine eifrige Thätigkeit. Das Städtchen St. Ludwig hat ebenfalls eine rührige sozialdemokratische Organisation, die in der Unterstützung der Kandidatur Bueb ganz hervorragende Opfer bringt. Im Februar 1890 war die Wahl Ch. Fiedel's dieser jähren und methodischen Agitation der deutschen Sozialdemokraten in Basel zuzuschreiben, die das überraschende Ergebnis zur Folge hatte, daß mehrere bisher politisch träge Dörfer für Fiedel ganz bedeutende Stimmenzahlen aufwiesen. Basel besitzt eine politisch ungenügend rührige deutsche Arbeiterschaft.

Bravo! Recht so! In der Betätigung der solidarischen Thätigkeit kann die bürgerliche Gesellschaft nicht mit der Arbeiterklasse rivalisiren.

Bei den Nachwahlen für den Züricher Kantonsrath wurde Genosse Konzeit mit 455 Stimmen gewählt. Sein Gegner, Gemeindepräsident Stettbacher, erhielt 42 Stimmen. Die Züricher Arbeiterschaft hat das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt; sie hat der Sozialdemokratie den ersten Vertreter gegeben. Die sozialdemokratischen Vertreter können nun im Kantonsrath eine Fraktion bilden, die das „Janus“ der Waage zwischen Demokraten und Liberalen in der Hand hält.

Nachdem die organisierte Arbeiterschaft in Bern und St. Gallen mit der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit vorangeht, folgt nun auch Zürich nach. Die dortige Arbeiter-Union (lokaler Zentralverband der Gewerkschaften und politischen Organisationen) hat eine Kommission beauftragt zur Erledigung der Vorarbeiten, welche folgenden Plan vorgelegt hat: Die Organisation besorgt die Arbeiter-Union; der Beirat steht aber jedem Arbeiter offen. Die Organe der Versicherung sind: a. die Delegirtenversammlung der Arbeiter-Union; b. das von derselben zu wählende Komitee mit folgenden Abtheilungen: Kasernenverwaltung, Naturalienverpflügung, Arbeitsbeschaffung. Die monatlichen Beiträge betragen 50 Cts. (= 40 Pf.) pro Mitglied. Die Unterzügen werden in Geld oder Naturalien verabsichtigt. Diejenigen Mitglieder der Versicherung, welche Arbeitervereinen angehören, können ihre Beiträge in letzteren entrichten. Für die Nichtorganisirten werden in den Quartieren nach Bedarf Zahlstellen errichtet. Unterzügenberechtigt ist nur, wer vor dem 1. August der Versicherung beigetreten ist. Die Kasse der Versicherung wird geleitet: a. durch Beiträge der Versicherter; b. durch einen Beitrag der Stadt Zürich; c. durch freiwillige Beiträge von Unternehmern, Vereinen, Privaten u. Der Stadt wird Theilnahme an der Verwaltung eingeräumt, je nach Uebereinstimmung. Die entbehrlichen Beiträge werden durch Abgabe von Marken quittirt. — Dieser Entwurf wird den Vereinen zur Diskussion unterbreitet.

Die schon anderweitig ausgeführt, halten wir das Experi-

ment für verfehlt, und nicht die Mühe und Opfer werth, welche die Arbeiter darauf verwenden.

Aus Italien. Die Regierung hat den Stadtrath von Imola wegen seiner Theilnahme an der Kaiserin aufgelöst. Die Bevölkerung von Imola wird der Regierung bei den Neuwahlen schon die zutreffende Antwort auf ihr ungerechtfertigtes Einschreiten erteilen. In den Wandelgängen der Kammer gab es vorige Woche Prägeln zwischen Abgeordneten. Der Grund dazu lag in den Liebeswürdigkeiten, womit man sich bei der Wahlbewegung traktirt hatte. Die Bourgeoisie macht in der Verrohung bedenkliche Fortschritte.

Aus Frankreich. Nach dem Panamaschwindel, Anarchisten-Vorfällen, wer sich über den Zusammenhang der beiden Vorgänge täuscht, muß ein Brett vor dem Kopfe haben. Die Entdeckung und Verhaftung der Anarchisten trägt doch den Charakter der Polizeimache in der plumpesten Form an der Seite. Entdeckte Anarchisten, die in ihrem Laboratorium Rezepte, Pläne, Proklamationen, ausgeheckte Verschönerungen und Utensilate, registriert in Regalen geordnet aufbewahren, sind doch gar zu lächerliche Figuren. — Die parlamentarische Kommission hat die gerichtliche Verfolgung des Abgeordneten Vaudin, wegen der Vorgänge bei der Maidemonstration beantragt. — In einer Tuchfabrik in Sedan explodirte ein Dampfkessel, wodurch 20 Personen verwundet und getödtet wurden.

Aus England. Das vom gegenwärtigen Präsidenten des Handelsamts, Mundella, neu organisierte und erweiterte Arbeitsbureau des Handelsministeriums hat soeben die erste Nummer der vorläufig monatlich erscheinenden „Labour Gazette“ herausgegeben, ein Blatt für den Arbeiter und alle Anderen, denen es von Interesse ist, über Arbeit betreffende Angelegenheiten schnelle und genaue Informationen zu erlangen. — Diese monatliche Arbeiterzeitung kostet nur einen Penny und enthält auf ihren 24 Seiten eine Masse für den Arbeiter vielleicht weniger als für den Sozialpolitiker und Statistiker interessanten Materials, Tabellen über die Veränderungen der Löhne und Arbeitsdauer im Laufe des April, über Streiks, Prozesse auf Grund der Fabrikgesetze, über Verarmung, Preise der Nahrungsmittel, sowie den seit Jahren schon vom Handelsamt veröffentlichten Monatsbericht über den Stand des Arbeitsmarktes in England, welches jetzt eine Uebersicht über die Lage im Ausland beigefügt worden ist. Aus den Antworten, welche 23 Gewerksvereine mit rund 300 000 Mitgliedern eingeleistet haben, geht hervor, daß 6.9 pSt. ohne Beschäftigung sich befinden. Hiernach zu urtheilen würden, also gegen früher eine kleine Besserung eingetreten sein. Allerdings läßt sich aus den Angaben über 300 000, überdies durch ihre Zugehörigkeit zu einem Vereine an und für sich schon besser gestellter Arbeiter durchaus kein Urtheil ziehen auf die Beschäftigung der Arbeiterwelt im Allgemeinen, welche nach den aus allen Theilen des Landes einkaufenden Mittheilungen und Klagen über fortwährenden Arbeitsmangel zu urtheilen durchaus kein Zeichen der Besserung aufweist.

Wenn die Arbeitslosigkeit innerhalb der streifen Organisation der Gewerksvereine 7 Prozent ausmacht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß dieselbe bei den keiner Organisation angehörigen Arbeiter mindestens eine dreimal so starke ist, eine Thatsache, die sich mit den gemachten Erfahrungen und Beobachtungen deckt.

Aus Norwegen. Der demokratische Geist des norwegischen Volkes ist nicht so leicht zu beugen. Die Aufdrängung des reaktionären Ministeriums beantwortete die Kammer mit einer jährlichen Dotation an den abgetretenen Minister mit jährlich 6000 Kronen. Dispositionen des neuen Ministers wurden durchkreuzt und Anträge auf Herabsetzung der Upanagen des Königs und des Kronprinzen gestellt. Während dieser Vorgänge wurden mehrere Kanonenboote ausgerüstet, welche Handlung die Kammer als Drohung aufsaßt und deshalb den Kronprinzen, der als der Urheber angesehen wird, vor die Schranken der Kammer zur Verantwortung laden will. Das ist noch eine Volkserrettung, die Saft, Kraft und Mark in den Knochen füllt.

Aus Rußland. Unter dem Titel Uebersicht über die Fabrikthätigkeit in Rußland für das Jahr 1890 ist vom Departement für Handel und Manufaktur ein umfangreiches Tabellenwerk herausgegeben worden, dem wir Folgendes entnehmen: Im ganzen russischen Reiche gab es in dem genannten Jahre 22 510 Fabriken mit 852 726 Arbeitern, davon waren 630 362 Männer und 222 164 Frauen. Von diesen Fabriken wurden an Heizmaterial vornehmlich verbraucht: Kohlen 161 334 971 Pud, Naphtharefte 35 526 258 Pud und Holz 4 563 098 Faden. Die Produktion dieser Fabriken belief sich im Jahre 1890 auf 1 263 964 000 Rubel. Von der Gesamtzahl der im russischen Reich im Betrieb stehenden Fabriken entfielen auf das europäische Rußland mit Einschluß der Weichsel-Gouvernements 20 391 Fabriken mit 828 450 Arbeitern und einer Produktion von 1 207 498 000 Rubel. Außer den oben genannten 22 510 Fabriken befanden im Jahre 1890 in Rußland noch 64 000 kleine Fabriken, deren Jahresproduktion noch nicht 1000 Rubel erreichte. Die Produktion der Fabriken vertheilte sich auf die einzelnen Kategorien in folgender Weise. Die erste Stelle nehmen die Fabriken ein, die sich mit der Verarbeitung von Faserstoffen befassen — 2970 Fabriken mit einer Produktion von 518 728 800 Rubel. In zweiter Stelle folgen die Fabriken, die sich mit der Herstellung von Nahrungs-Produktion befassen — 9478 Fabriken mit einer Produktion von 363 925 000 Rubel. Ferner folgen: Metallfabriken — 1424 mit einer Produktion von 148 822 000 Rubel, Bearbeitung thierischer Produkte — 3806 Fabriken mit einer Produktion von 74 292 000 Rubel, Bearbeitung von Holz — 1131 Fabriken mit 33 377 000 Rubel, Ziegelbrennereien — 2380 mit 32 543 000 Rubel, chemische Produktion — 689 Fabriken mit 29 822 000 Rubel, Papier-Produktion — 264 Fabriken mit einer Produktion von 23 268 000 Rubel.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Nihilisten wieder hinh an der Arbeit sind. Attentatsgerichte, Nachrichten über Einrichtungen politischer Verräther, als wie über Warnungen und Drohungen die auf unerklärliche Weise in die Hände der zarischen Familie gelangen, jagen eine die andere. Dabei leistet die politische Korruption der Gemeinheit, dem Schwindel, Betrug und Diebstahl den erdenklichsten Vorstoß. Da kann es nicht verwundern, wenn die besten Elemente zu der Ueberzeugung kommen, der Sumpf der Korruption müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Die Petersburger

Diskontobank konnte von ihrem Kassenboten um 92 000 Rubel betrogen werden. Was ist da an den Händen der Anderen wohl hängen geblieben?

Aus Amerika. Die Chicagoer Polizei scheint auch Ursache zu haben, ihre Wichtigkeit in Erinnerung zu bringen. In Buffalo hat man im Anarchisten-Klub einen Brief gefunden, welcher einem gewissen Anarchisten Brombloski zur Einführung dient und in welchem Rathschläge zur Sprengung der Wasserwerke in Chicago und zum Niederbrennen der Ausstellungsgebäude erteilt werden. Zwei Männer, Namens Strauß und Carl, werden in dem Briefe erwähnt und die Anarchisten geben zu, daß sie von dem Komplott gehört hätten. Die Polizei sucht den Brombloski.

In dem Bericht des Direktors des amerikanischen ethnologischen Bureaus wird die Zahl der noch in den Vereinigten Staaten von Amerika vorhandenen Indianer auf ungefähr 250 000 geschätzt. Mehr als die Hälfte derselben gehört bereits der einen oder anderen christlichen Sekte an und die Beförderung des Restes soll nur die Frage weniger Jahre sein. Mehr als Zweidrittel haben ihr unfähiges Leben aufgegeben und erhalten sich durch Ackerbau und Handarbeit ohne irgendwelche Unterstützung seitens der Regierung. Mit wenigen Ausnahmen halten sie aber trotz der tiefgreifenden Veränderung ihrer Lebensweise an ihren alten Gebräuchen bezüglich Erbschaft und Stammeszugehörigkeit fest. Fehlen der Stämme unter einander haben gänzlich aufgehört und auch gegen die Weißen kriegerisch vorzugehen würde sich heute nur noch ein sehr kleiner Theil der Indianer berechtigt finden. Was sollte es ihnen auch nützen. Die Vernichtung wäre ihnen sicher.

Technisches.

Caseinleim (Käsefitt). In oft recht arger Verlegenheit befinden sich Ofenseher und Töpfer, die überhaupt mit gebrannter Waare umgehen, wenn auf Grund irgend eines Umstandes eine leichte Beschädigung derselben, die sonst, ausgenommen das äußere Ansehen, durchaus nicht an Werth verliert, um ein zweckmäßiges Hilfsmittel.

Durch den Abdruck nachfolgender Notiz glauben wir Manchem in seiner Rathlosigkeit zu Hilfe kommen zu können. Frisch bereiteter, durch Lab oder stark verdünnte Säuren aus Milch niedergeschlagener Käse (Casein) besitzt bekanntlich die Eigenschaft, mit gebranntem und gelöschtem Kalk (Kegkalk) eine ungemüht harte, in Wasser unlösliche Verbindung einzugehen. Man macht von dieser Eigenschaft eines Gemisches aus Kalk und Käse auf verschiedene Weise Gebrauch, namentlich wo es sich um die Verklebung von Gegenständen handelt; sei es zwischen Holz, Metallen, Glas, gegenseitig oder unter ungleichartigen Materialien. Der sogenannte Caseinleim besitzt jedoch den Nachtheil, daß ein Vorrath von demselben nicht gehalten werden kann, weil die Mischung bald nach dem Anmachen erhärtet; dieselbe muß daher jeweils für den Gebrauch frisch zubereitet werden. Ein Weg, um das ganz vorzügliche Bindemittel stets in bequemer Form zur Hand zu haben, wurde von Rauppach und Bergel in Bauditel (Mähren) vorgezeichnet. Die genannten Stellen, der „Bauischen Gewerbezeitung“ zufolge, eine Auflösung von Casein in Salmiatgeist durch Erwärmung her. Mit dieser Flüssigkeit werden die zu leimenden Flächen bestrichen und getrocknet, hierauf mit Kalkmilch überstrichen und sodann aneinander gepreßt. Die Vereinigung der den Kitt bildenden beiden Bestandtheile vollzieht sich sofort und werden die Flächen dadurch fest miteinander verbunden.

Um Eichenholz zu schwärzen, so daß es das Aussehen von Ebenholz erhält, muß man dasselbe den Dämpfen von Ammoniak aussetzen. Die zu schwärzenden Holzstücke werden in einer dunklen Kammer auf Gerüste gelegt, unter welche man Schüsseln mit Ammoniakflüssigkeit stellt. Das Holz darf nicht in Berührung mit der Flüssigkeit selbst kommen, nur das Gas muß auf das im Holz enthaltene Lannin einwirken. Ebenso lassen sich auch andere Holzarten behandeln, wenn man sie in Lanninlösung legt und von derselben durchdringen läßt.

Wirkung der Terpentinziehung auf das Holz der Fichte. Folgendes interessante Zirkular ist dem zu Chicago erscheinenden „Holzarbeiter“ von dem Ackerbau-Departement zugegangen:

In dem vor einem Jahre veröffentlichten Zirkular Nr. 9 der Forst-Abtheilung war konstatirt worden, daß Untersuchungen, die mit dem Holz der langnabigen Fichte, nachdem der Terpentin daraus abgezapft war oder nicht, zu dem Glauben geführt hätten, daß die Stärke des Holzes durch das Abzapfen nicht Einbuße erleide. Weitere Untersuchungen und Experimente gestatten nunmehr ohne Rückhalt die Behauptung, daß das Holz der langnabigen Fichte thatsächlich in keiner Weise durch das Entziehen des Terpentins angegriffen wird. Das gilt sowohl für die mechanischen, wie für die chemischen Eigenschaften des Holzes, und darum ist auch der Vorbehalt, daß es wenigstens in seiner Dauerhaftigkeit leide, beseitigt und alle Vorurtheile gegen die Verwendung von abgezapftem Holz als Bauholz, wo immer das nicht abgezapfte wünschenswerth erschien, sind als gänzlich unbegründet zu betrachten und beruhen nur auf einem oberflächlichen Glauben, der sich als ein Irrthum erwiesen hat. Es steht zu hoffen, daß die Thatsache möglichst allgemein bekannt wird unter den Baumeistern, Architekten und Ingenieuren, die bisher einen Unterschied zu Gunsten des abgezapften Holzes machten und dadurch die Fabrication und den Verkauf eines Holzes erschweren und schädigten, welches allen Anforderungen entspricht und besser unbeschädigter Gebrauch als ein Gebot vernünftiger Volkswirtschaft zu betrachten ist.

Die Grundlage für die hinsichtlich der mechanischen Eigenschaften abgegebene Erklärung ist durch das Ergebnis einer Reihe von Untersuchungen gegeben, welche nicht weniger als dreihundert Proben mit dreißig verschiedenen Bäumen dieser Fichtenart, abgezapft und von verschiedenen Gegenden genommen, angefertigt wurden.

Das etwas räthselhafte Faktum, daß abgezapftes Holz, sogar wenn überhaupt ein Unterschied vorhanden war, eine größere Stärke zeigte, erklärt sich dadurch, daß für Terpentinplantagen meistens ein Boden gewählt wird, der an sich schon sowohl ein besseres Holz erzeugt, als auch eine größere Terpentin-ernte sichert.

Um festzustellen, ob eine Veränderung in der chemischen Zusammensetzung entsteht, wurden chemische Analysen mit abgezapftem und nicht abgezapftem Holz vorgenommen, aus welchen hervorging, daß die harzigen Bestandtheile des Kernholzes in

keiner Weise durch das Abzapfen angegriffen werden, während das Harzöl im Kernholz nicht flüchtig ist, so daß der ganze Terpentinabfluß sich auf das Splintholz beschränkt.

In den anderen interessanten Umständen hinsichtlich der Vertheilung der harzigen Bestandtheile im ganzen Baum, worüber ein besonderes Bulletin vom Ackerbau-Departement veröffentlicht werden wird, zählt die Thatsache, daß Bäume, die dicht beieinander stehen und allem Anschein nach in gleicher Verfassung sind, sehr verschiedene Quantitäten harzigen Inhalts zeigen.

Um sicher zu sein, daß die Erfahrung den Ergebnissen dieser Untersuchung nicht widerspricht, hat der Sachverständige F. Roth die Terpentinplantagen und die Sägemühlen in der Terpentinfichten-Gegend besucht. Er berichtet, daß er Niemanden finden konnte, obwohl Manche es behaupteten, der fähig war, einen Unterschied im Aussehen von abgezapftem Holz festzustellen, daß trotzdem die Konsumenten nicht abgezapftes Holz ausdrücklich verlangen, sie fast immer etwas abgezapftes Holz erhalten, ohne daß sie es merken, und daß die Erfahrung in den Distrikten, wo abgezapftes Holz geschlagen und gebraucht wird, nicht die Behauptung, daß dasselbe schlechter sei, rechtfertigt.

Diese Information wird im Voraus vor Veröffentlichung des ganzen Untersuchungsberichtes bekannt gegeben, damit das ungerechtfertigte Vorurtheil gegen das Produkt von nahezu einer Million Ader Fichtenbestand, die jährlich dem Gesamtareal der Terpentinpflanzungen im Süden hinzugefügt werden, so schnell wie möglich beseitigt werde.

Dies Ergebnis der amtlichen Untersuchung sollte den Forstinteressen im Süden mehrere Millionen Dollars werth sein, insofern er den Verbrauch und Verkauf von Holz erleichtert, das sonst ungeschlagen bleibt und durch die zerstörenden Brände, denen es besonders ausgesetzt ist, die Zukunft des Forstes gefährdet.

Amerikanische Holzbearbeitungsmaschinen. Durch nichts ist Amerika berühmter als durch seine Holzbearbeitungsmaschinen. Amerikanische Erfinder sind unübertrefflich in Fruchtbareit und Genie, und die Werkstätten in der ganzen Welt weisen vielfach Maschinerie auf, die aus den Vereinigten Staaten kommt. Obwohl Amerika hier an der Spitze steht, so giebt es doch ohne Zweifel noch Gegenden, wo unsere Holzbearbeitungsmaschinen noch nicht so bekannt sind, wie sie es verdienen. Man wird natürlich fragen, warum die amerikanischen Maschinen besser seien, als die in Europa gemachten. Die Antwort findet sich in der Thatsache, daß nirgends in der Welt die Arbeit ersparenden Erfindungen so vollkommen sind, wie in den Vereinigten Staaten. Es werden für diesen Zweck mehr Originalmaschinen in Amerika konstruirt als in irgend einem anderen Lande, vielleicht mehr, als in der ganzen anderen Welt zusammen. Es kommt fast täglich vor, daß ein Holzarbeiter in einer amerikanischen Stadt, z. B. in Cincinnati, O., zu seinem Arbeitgeber sagt: „Hier habe ich etwas mit der Hand zu machen, und ich glaube, daß eine Maschine zu konstruiren wäre, mit der man es leichter könnte.“ Er hat gewöhnlich eine Idee für solche Maschine und legt seinen Plan vor, um bald zu hören, ob seine Idee praktisch ist oder nicht. Der leitende Gedanke unternehmender amerikanischer Firmen, welche Maschinen und Werkzeuge fabriziren, ist stets darauf gerichtet, zu entdecken, ob etwas, was mit der Hand gemacht wird, nicht mit Maschinen hergestellt werden könnte. Wenn sich das als praktisch erweist, dann ist die Maschine auch sehr bald da. Das amerikanische Prinzip ist, Maschinen zu erfinden und die Maschinen selbst für Nachfrage nach ihnen sorgen zu lassen. In England, welches irrtümlicher Weise als das maßgebende Land für Maschinen gilt, steht es damit ganz anders. Dort herrscht die Idee, eine Maschine nicht eher zu erfinden, als bis sich ein Bedürfnis dafür herausgestellt hat und Jeder mit der alten Methode unzufrieden geworden ist. Das ist der Grund, warum England in Bezug auf Arbeit ersparende Maschinen weit hinter den Vereinigten Staaten zurück ist. Ein anderer Grund ist der, daß die Arbeitskraft dort so billig ist. Thatsächlich ist es häufig wohlfeiler, die Arbeitskraft von Männern, Frauen und Kindern zu benutzen, als eine Maschine dieselbe Arbeit thun zu lassen. Selbstverständlich wird die Arbeit nicht so akkurat und schnell mit der Hand wie mit der Maschine gethan, aber das verschlägt ihnen in vielen Ländern nichts. Dieses Prinzip jedoch, lieber Handarbeit als Maschinen zu gebrauchen, ist schließlich doch das löstlichste, denn wenn das nicht der Fall wäre, so würde die Welt heute ärmer sein, als vor einem halben Jahrhundert, als Maschinen nicht in so umfangreicher Weise gebraucht wurden. Die Vereinigten Staaten sind zum Theil deshalb so reich, weil Maschinerie überall benützt wird. Wer die Werkstätten Englands besucht, wird häufig in den kleineren derselben einen Arbeiter mit einem plumpen Meißel und Hammer einen Hapsen für Fenster- und Thürrahmen usw. machen sehen. Dies würde jedoch in weniger als der vierten Theil der Zeit geschehen, wenn eine Hapsenlochmaschine gebraucht würde. Ausländische Käufer von Holzbearbeitungsmaschinen und Werkzeugen werden es zu ihrem Vortheil finden, sich in Bezug auf amerikanische Waaren genau zu informieren. Sie werden sich davon überzeugen, daß solche Branchen thatsächlich verlässliche, wohlfeile und vollkommen zufriedenstellende Fabrikate liefern. Akkuratheit ist sehr wünschenswerth in solchen Mechanismen und dieses ist ein großer Vortheil der amerikanischen Arbeitsmethode. Der amerikanische Handwerker arbeitet auf eintausendstel Zoll und ist in dieser Beziehung sehr verschieden von seinen britischen Konkurrenten, bei welchen ein sechszehntel Zoll schon akkurat genug ist.

An die Arbeiter Deutschlands.



Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen befinden sich, wie jedem Kundigen bekannt sein dürfte, in äußerst trauriger Lage, selbst auch in den Orten, wo noch verhältnismäßig die höchsten Löhne gezahlt werden, in fast unerträglichen Verhältnissen aber in jenen Gegenden Deutschlands, wo die Schund- und Nothwaare hergestellt wird; denn dort werden Löhne gezahlt, mit denen selbst unter den bescheidensten Ansprüchen bei gänzlicher Bedürfnislosigkeit nicht auszukommen ist. Diese Thatsache mit der Fabrication in den Zuchtäußern im Grunde, hat in unserem Gewerbe Zustände gezeitigt, welche nach jeder Richtung hin als ungesund bezeichnet werden müssen, gerade schon des-

wegen, weil sie einen ständigen Druck auf die Lohnverhältnisse derjenigen Arbeiter ausüben, welche in solchen Gegenden arbeiten, wo noch theilweise bessere Löhne gezahlt werden, und somit zur Verschlechterung der Gesamtlage der Tabakarbeiter mit Nothwendigkeit führen muß. Die billigen, in Zuchtäußern und in schändlichen Dörfern von Hausarbeitern und deren Familienangehörigen verfertigten Jargaren überfluteten den Markt und verdrängen die unter gesünderen Verhältnissen erzeugten von demselben. Es kann daher eigentlich Niemanden überraschen, daß die Fabrikanten, die in den Städten theurer fabriziren, nun allerlei Versuche machen, um durch Lohnreduktion, Heranziehung billigerer Arbeitskräfte und Einführung der Hausarbeit einer Schwämmerung ihres Profits vorzubeugen. Vor allen Dingen ist es die Hausarbeit, welche geeignet erscheint, dem Fabrikanten durch Ersparung fast sämtlicher Fabrikbetriebskosten die Herstellungskosten der Waare so zu erniedrigen, daß er im Stande ist, sich auf Kosten der Arbeiter und deren Gesundheit konkurrenzfähig zu erhalten. Der Hausarbeiter bekommt bei schlechterem Material nur dieselben, oftmals noch geringere Löhne als der Fabrikarbeiter, trotzdem er Arbeitsraum, Licht, Feuerung, sämtliche Nebenarbeiten und auch Utensilien, wenn letztere auch nur theilweise, gratis zu leisten hat. Um seinen Fabrikanten die Fabrikbetriebskosten zu ersparen und sich und die Seinen vor Entbehrung des Nothdürftigsten zu schützen, ist der Hausarbeiter gezwungen, sich und seinen Familienangehörigen ein fast unmenschliches Maß von Leistungen aufzuerlegen. Von früh bis spät in die Nacht hinein, in Räumen, die zur gleichen Zeit als Koch- und Schlafräume dienen, muß er sich mit seiner Familie abradern, um nichts weiter als das nackte Leben zu fristen und die Schwindsucht in seine Familie einziziehen zu sehen. Die Hausarbeit, die nachfelerarbeiten und die zu lange Arbeitszeit überhaupt sind auch daran schuld, daß eine große Anzahl Arbeiter den Ueberfleiß ihrer Kollegen schwer bösen müssen und als Arbeitslose unfreiwillig die Landstraße bestücken. Um nun einen Versuch zu machen, diese Zustände nach Möglichkeit abzuändern, hat die letzte Generalversammlung des Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter Deutschlands die Einführung einer Schutzmarke für die Tabakindustrie beschlossen. Dem Konsumenten soll durch die gesetzlich geschützte Schutzmarke die Waare erkennbar gemacht werden, welche nicht in Zuchtäußern oder von Hausarbeitern hergestellt ist, und daß den Verfertignern dieser Waare, den Arbeitern, in den örtlichen Verhältnissen entsprechender und gerechter Lohn gezahlt und daß die mit „Schutzmarke“ versehene Waare in Räumen, wie sie in den bundesrätlichen Bestimmungen vom 9. Mai 1888 vorgeschrieben sind, hergestellt wurde. Die „Schutzmarke“ wird jedem Fabrikanten, welcher die festgesetzten Bestimmungen erfüllt, vom 1. April 1893 an geliefert, sie kostet das Stück 1 Pfennig. Eine Marke genügt für jede geschlossene Verpackung und würde demnach das ganze Laufende Zigaretten mit „Schutzmarke“ zu versehen bei Ein-Zehntel-Packung 10 A kosten. Die Namen derjenigen Fabrikanten, welche die „Schutzmarke“ führen, werden in regelmäßigen Zeiträumen dem Konsumenten öffentlich durch Injektat und Flugblätter bekannt gegeben. Der Konsument hat von der eingeführten Schleuderwaare keinen Vortheil, er muß die schlechte Zigarre ebenso theuer bezahlen wie die gute, nur der unrecelle Zwischenhandel profitirt davon; daher werden wir nicht ermangeln, den Konsumenten immerfort darauf aufmerksam zu machen, daß er ausschließlich nur Waare mit Schutzmarke kaufen darf, wenn er nicht in ästhetischer, sanitärer und materieller Hinsicht der Geschädigte sein will.

Der Vorstand des Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter Deutschlands (Sitz Bremen).

Briefkasten der Redaktion.

Zimmer, G. N. Schaden, den Sie durch eigenes Verschulden dem Meister verursachen, haben Sie zu ersetzen. Der Arbeitsvertrag würde Sie von der Entschädigungspflicht nur in dem Falle entbinden, wenn der Meister darauf eingegangen ist, für etwa von Ihnen „versuchte Arbeiten“ einen Abzug nicht machen zu wollen. Ueber die Höhe des Abzugs können wir ohne Augenchein ein Urtheil nicht abgeben. Erscheint Ihnen der Abzug zu hoch, so lassen Sie sich denselben nicht gefallen. Der Meister ist dann gezwungen, die Entschädigung im Wege der richterlichen Entscheidung geltend zu machen, bez. wenn der Meister Ihnen den Lohn vorenthält, haben Sie auf Zahlung desselben zu klagen und wird der Meister dann seine Ansprüche zur Geltung bringen.

Central-Branken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (E. S. in Hamburg.)

Invalidentfonds.

Für unsere Invaliden wurden seit letzter Quittung in Nr. 5 dieses Blattes weiter eingekandt: Aus Bremen M. 804,24, München 200, Berlin C. 122,50, Berlin A. B. H. 100, Berlin G. 100, Köln I und II 99,40, Berlin E, durch Villhardt 94, Berlin H. 73,45, Braunschweig 51, Eutritsch 50, Potsdam 45, Magdeburg 43,55, Berlin D, durch Schmidt 30, Berlin E. 48,50, Dens. 40, Berlin F. 19,75, Berlin A. 17,25, Bielefeld 15,5, Mündenheim 15, —, Nippes 15, Berlin B. 13,50, Frankfurt a. M. 12, Beik 11, Ravensburg 10, Plogwitz und Lindenau 8, Köln I 7,85, Köln II 5, Koblenz 5, Fürth 10, Erlangen 4, Wangen bei Cannstatt 3,65, Leipzig I 8,40, Coita 2,69, Oberhausen 2,60, Sena 2,70, Raff 2,30, Kirchheimbolanden 2,35, Reising, von Paris, I, Erfurt 2, Rigoort 3, Neustadt a. S. 2, Sulz 0,50, Summa M. 1589,23. Hierzu der in voriger Quittung veröffentlichte Kassenbestand von M. 2750,35, ergibt M. 4339,58. Unterstützung erhielten im Februar bis Mitte Mai folgende Mitglieder: Stod, Jedro, Bened. Böhm, Brunemann, Kfinigk, Bielede, Stajheit, Tillad, Kreuß, Krause, Kamp, sämtlich in Berlin, je M. 25, Deher-Habelberg 25, Jahn-Blantenburg i. Th. 25, Pflieger-Buchbeim 25, Hartung-Flörgehofen 25, Kludt-Erfurt 25, Maner-Mühlbühl 25, Hodesheim-Frankfurt a. M. 25, Fromm-Delbrück 25, Zell-Köln I 25, Schumacher-Hamburg V 25, Fröhlich-Hamburg II 30, Koch und Nielsch in Berlin je 20, Wöhela-München 20, Farchmin und Winter in Berlin je 7,50, Schneefloth-Gaarden 15, für Porto 4,20. Gesamtansgabe M. 674,20. Es verbleibt demnach ein Kassenbestand von M. 3665,38. Allen Geborn besten Dank! E. Jacobs.

Literarisches.

Sozialpolitisches Centralblatt. Herausgegeben von Dr. Heinrich Strun, Verlag von Carl Neumann's Verlag, Berlin W., Nauwerstr. 44.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieß Verlag) ist zu sehen das 34. Heft des 11. Jahrgangs erschienen.

Adressen von Verbergen und Verlehdastotalen für Tischler.

(A = Arbeitsnachweis, H = Verberge, R = Reiseunterstützung, V = Verkehrs- oder Vereinslokal.)

- Altenburg. H u. A. „Gute Quelle“, Leichstr. R 32/1, R. Haus, Nauwerstr. 5b III.
Altona. H, V u. A (auch für Nordmarcher) bei C. E. Eber, Norderstraße 37.
Augsburg. H und V: „Paritätswirt“, Georgstr. Das R. Abends von 6-7 Uhr.

Militärfrage. Von Max Schippel. — Literarische Rundschau. — Notizen: Der Getreidebau Englands. — Feuilleton: Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren. Von Dr. Paul Ernst.

Die Thätigkeit des Deutschen Reichstags von 1890-93. Mit einem Anhang. Preis 20 M. Berlin 1893. Verlag der Expedition des „Vorwärts“, 176 Seiten.

Benzin-Motor, zweiflerdig, Deuger, Ausstellungsmaschine, noch wie neu, preiswerth zu verkaufen.

American. Kirschbaum, Mahag., Eichen-Holz und Fourniere. Billigste Preise. — Größte Reellität. Hermann Diez, Hamburg, Wüdingem. 88.

Waldemar Augustiny, Rathhausmarkt 20, Altona. Spezialität: Tischler-Werkzeuge. Preislisten gratis.

Paul Marcus & Frank, Holzbearbeitungs- u. Parquetfabrik. Ottenf. 4. Spezialität: Sämtliche Hobel- u. Rehlarbeiten für Bau- und Möbelschler.

Hobelbänke in sauberer, trockener Waare empfiehlt mit Schnitten und geschmiedeten Bankhaken.

Hermann Bergs, Liegnitz i. Schl. Versand gegen Kasse und Nachnahme.

Sägenfeilen von extra englischem Stahl, dreifantig, fein 1/8 S. Hieb.

Mein Zeichen-Bureau für Bau- und Möbelschlerei liefert: I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingehenden Maßen.

Ernst Rettelbusch, 1. B. prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten.

Herzogliche Bergwerksschule Holzwinden. Maschinen- und Mühlenbauerschule mit Vorlesungsanstalt. Dir. L. Härtelmann.



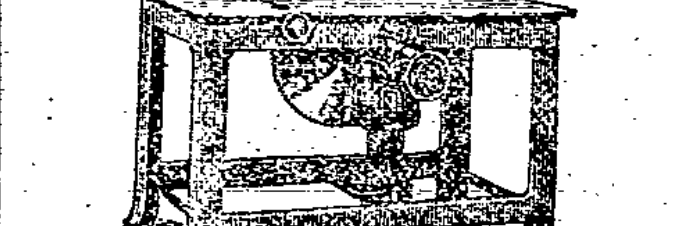
Nußbaum-, Mahagoni- und Eichenbänke, trockene Waare, sowie sämtliche Fourniere stets vorräthig.

Kolbe & Biehl, Hamburg. Cremon 24. Adolf Kenngott, Werkzeugfabrik Heilbronn a. N.

Werkzeuge für Schreiner, Glaser, Küfer, Zimmerleute nsw. Hobelbänke, Schraubknechte, Schraubzwingen.

Carl Niebuhr, Maschinenfabrik, Altona, Palmaille 68, empfiehlt Maschinen für Holzgärcien, Fournierschneidereien, Stiftenfabriken und Bantischlereien.

Spezialität: Sägemaschinen.



Rehleisten in allen Holzarten liefert in sauberster Ausführung zu billigsten Preisen die

Holzbearbeitungs- u. Rehleistenfabrik Gundlach & Assmussen, Altona, Wörkenstr. 24.

Prima Möbel-Lackirung. August Wacker, Hamburg, Motheshofstr. 3.

Holzbearbeitungs- und Wasserpumpen-Fabrik mit Dampftrieb. Petersen, Blohm & Hahn, Altona.

Hebelstraße Nr. 219. Genossen! Kauft nur den Bleistift Solidarität von Jean Blos.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Auer & Co. in Hamburg.